

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 07

KOLONIALZEIT

Warum die deutsch-namibische
Versöhnung stockt

MULTILATERALISMUS

Demokratische Staaten
führen keinen Krieg
gegeneinander

PRIVATSEKTOR

Rolle der Versicherungen
beim Management von
Klimarisiken



Informeller Sektor

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Wo der Staat zu „schlank“ ist

Magazin

- 4 **HENNING MELBER**
Weshalb die offizielle Aussöhnung zwischen Deutschland und Namibia weiterhin zu keinem Abschluss kommt
- 6 **INTERVIEW MIT ANNA-KATHARINA HORNIDGE**
„Demokratische Staaten führen nicht Krieg gegeneinander“
- 9 **RENATE BLEICH, DIRK REINHARD UND CHRISTIAN BARTHELT**
Im Umgang mit Klimarisiken sind Versicherungen entscheidend
- 11 **THOMAS AHLMANN**
Beim Export von Secondhandkleidung aus Ländern mit hohen Einkommen überwiegen die Vorteile

- 13 **DAGMAR WOLF**
Seniorenhilfe im globalen Süden

- 14 **BIMBOLA OYESOLA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Nigerias Hitzewelle

Debatte

- 15 **KARIM OKANLA**
ECOWAS verabschiedet gemeinsame Klimastrategie

- 16 **KATIE CASHMAN**
Massive Schäden durch Extremwetter in den USA

- 17 **JANE ESCHER**
Wie der russische Angriffskrieg die Lebensmittelpreise treibt

Schwerpunkt: Informeller Sektor

- 19 **SUNDUS SALEEMI**
Zeitarmut ist ein Phänomen, das Frauen stärker trifft als Männer – und Arme mehr als Reiche
- 21 **OLIVER SCHMIDT**
Regierungen und Geberorganisationen wollen informelle Unternehmen formalisieren, das ist aber nicht einfach
- 23 **BEN EZEAMALU**
Traditionelle Medizin spielt in Nigeria weiterhin eine große Rolle, auch weil Alternativen zu teuer sind
- 25 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Eine Sheabutter-Strategie krepelt die Stadt Okere in Uganda nachhaltig um
- 26 **PAOLO CERNUSCHI**
Nigers multidimensionale Krise
- 28 **IRIT ITTNER**
In Abidjan, Côte d'Ivoire, konkurrieren verschiedene informelle Arten der Flächennutzung miteinander
- 30 **IMRAN MUKHTAR**
Einen Großteil des Abfallrecyclings in Pakistan übernehmen Angehörige marginalisierter Familien informell
- 32 **INTERVIEW MIT IWAN AZIS**
Bei der Förderung informeller Kleinstbetriebe in Indonesien sind Soziales Kapital und Kultur wichtige Faktoren

SCHWERPUNKT

Informeller Sektor

Wo der informelle Sektor groß ist, gelten staatliche Gesetzgebung und traditionelle Normen gleichzeitig und widersprüchlich. In einem solchen Umfeld hat es keinen Sinn, Rechtsstaatlichkeit zu betonen, weil Gesetze nicht oder nur selten durchgesetzt werden und der Lebensrealität der Menschen auch nicht entsprechen. Informelle Unternehmen sind in der Regel klein und arbeitsintensiv. Gewinne und Löhne bleiben niedrig, sodass viele betroffene Menschen in Armut feststecken.

Titelseite: Friseur am Straßenrand in Simbabwe.

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Tafara Mugwara





Unser Schwerpunkt

„Informeller Sektor“ beginnt auf Seite 18. Er hat Bezug zum 8. und 10. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ und „weniger Ungleichheiten“.

schenrechte. Der Staat ist dann immer noch das repressive Instrument der Kolonialzeit.

Vielfach zählt nur, was gezählt wird. Der informelle Sektor generiert aber kaum Daten. Ungenügendes Verständnis der Lebenswirklichkeit großer Bevölkerungsgruppen erschwert kluge Politikgestaltung erheblich.

Wo Dualismus ausgeprägt ist, ist der Staat schwach. Sein Repressionsapparat mag stark erscheinen, aber er kann wesentliche moderne Funktionen nicht erfüllen. Ausreichende, wirksame und faire Steuererhebung ist nicht möglich, und folglich fehlt es an Geld für solide Infrastruktur, gute Schulen und zuverlässige Gesundheitsversorgung. Eine moderne, funktional differenzierte Gesellschaft braucht dagegen einen kompetenten Staat, der Chancen schafft und auf Nöte reagiert. Fortschritt wird möglich, wenn das, wovon Menschen abhängen, rechtlich anerkannt wird und auf dieser Basis Reformen vorgenommen werden, um die Lebensverhältnisse zu verbessern.

Wo der Staat zu „schlank“ ist

Marktliberale träumen von einem „schlanken“ Staat, weil sie meinen, Steuern und Regulierungen reduzierten die Effizienz wirtschaftlicher Transaktionen. Was theoretisch plausibel klingen mag, funktioniert in der Praxis aber nicht. Wo der Staat keine Rolle spielt, herrscht das Recht des Stärkeren.

Im informellen Sektor wird das deutlich. Seine Betriebe sind weder angemeldet noch Regulierungen unterworfen. Rechtsicherheit, was die Einhaltung von Verträgen angeht, gibt es nicht. Folglich werden wichtige Geschäftsbeziehungen gern auf eng vertraute Personen begrenzt. Informelle Arbeitgeber beschäftigen Angehörige und leihen sich Geld von Verwandten. Sie suchen weder die fähigsten Kräfte noch optimierte Finanzierungen. Investitionen fallen schwer, also bleiben die Unternehmen klein, arbeitsintensiv und wenig produktiv. Entsprechend mager sind Gewinne und Löhne.

Gesetze bieten keinen Schutz, weil sie entweder nicht oder nur selten angewendet werden. Arbeitsschutz, Umweltschutz, Urlaub? Fehlanzeige. Teils gelten lokale Traditionen und gemeinschaftliche Normen. Städte sind heute aber multikulturell – und zwar besonders in Entwicklungsländern. Die Menschen sprechen unterschiedliche Sprachen, folgen unterschiedlichen Religionen und gehören unterschiedlichen Stäm-

men oder Kasten an. Solidarität herrscht oft innerhalb solcher Gruppen, anderen gegenüber wird aber kaum Verpflichtung empfunden. Meist zahlen informelle Betriebe Schutzgelder an mafiaähnliche Organisationen.

Im ländlichen Raum sind die Dinge etwas anders, aber wo Behörden wenig Einfluss nehmen, dominieren häufig traditionelle Eliten. Die Lebensweise von Familien mit kleinen landwirtschaftlichen Höfen ist häufig auch informell. Andererseits gibt es selbst in Ländern mit hohem Einkommen Nischen informeller Tätigkeit. Migrantinnen ohne oder mit dubiosem Rechtsstatus putzen viele europäische Städte.

Wo der informelle Sektor groß ist, herrscht ausgeprägter Dualismus. Dieser Begriff beschreibt Verhältnisse, in denen traditionelles und formelles Recht nebeneinander bestehen und selektiv gelten. Von Rechtsstaat kann dann nicht sinnvoll die Rede sein, denn die Gesetzgebung passt auf wichtige Aspekte des gesellschaftlichen Lebens nicht.

Informelle Stadtviertel wachsen beiseitensweise ungeplant und ohne Rücksicht auf Gesetze. Hunderte Millionen von Menschen leben in ihnen. Manchmal räumen Behörden solche Slums mit dem Hinweis, sie seien illegal. In solchen Situationen verliert formales Recht grundlegende Men-



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit / **D+C**
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Ronald Ssegujja Ssekandi ist ein ehemaliger Praktikant unserer Redaktion, der jetzt für die Bearbeitung der Heutzutage-Kolumne zuständig ist. Vor einigen Monaten kehrte er nach Uganda zurück, nachdem er seinen Masterstudiengang in Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum abgeschlossen hatte. Im Schwerpunkt dieser

Ausgabe berichtet er über ein Gemeindeentwicklungsprojekt in Uganda, das die Verbesserung der informellen Lebensgrundlagen zum Ziel hat.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



Angehörige der Ovaherero stehen in der namibischen Stadt Okahandja am Grab eines verstorbenen Oberhauts.

DEUTSCHLAND – NAMIBIA

Versöhnung auf dem Prüfstand

Deutschland tut sich noch immer schwer im Umgang mit seiner Kolonialgeschichte. Der Versuch, zusammen mit der namibischen Regierung den Völkermord vom Anfang des 20. Jahrhunderts aufzuarbeiten, steckt wegen vehementer Opposition im Partnerland fest. Ein wichtiger Grund ist, dass die betroffenen Volksgruppen an den Verhandlungen gar nicht beteiligt wurden.

Von Henning Melber

Mitte 2015 räumte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes ein, dass die Folgen der Kriegsführung in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika ab 1904 für die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen der Ovaherero und Nama (aber auch der Damara und San) ein Völkermord waren. Seit Ende 2015 versuchten Beauftragte aus Deutschland und Namibia in bilateralen Gesprächen, dem kolonialen Unrecht mehr als ein Jahrhundert später Rechnung zu tragen.

Die Verhandlungen wurden auch international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Immerhin gab es bisher keine vergleichbaren Eingeständnisse und Initiati-

ven ehemaliger Kolonialmächte. Ein Sonderfall sind die unterschiedlichen Gesten der Regierungen in den früheren Siedlerkolonien Neuseeland, Kanada und Australien gegenüber den Überlebenden der indigenen Bevölkerungen. Doch koloniale Fremdherrschaft führte auch anderswo zu irreversibler Zerstörung heimischer Lebensgrundlagen. So wird das deutsch-namibische Bemühen um Bearbeitung dieses Unrechts zu einem Präzedenzfall. Dies macht es zu einem Balanceakt, bei dem die deutsche Seite versucht, weitreichende Konsequenzen eines Schuldeingeständnisses zu vermeiden.

Mitte Mai 2021 stimmten die Sonderbeauftragten beider Länder nach fünfeinhalbjähriger Verhandlungsdauer in Berlin einer gemeinsamen Erklärung mit dem Titel: „Vereint im Gedenken an unsere koloniale Vergangenheit, vereint im Willen zur Versöhnung, vereint in unserer Vision für die Zukunft“ zu. Es war geplant, dass die beiden Außenminister das Dokument im Juni in Windhoek ratifizieren. Doch nicht nur die Pandemie machte dem einen Strich durch die Rechnung. Mehr noch trug der massive Widerstand in Namibia dazu bei, dass es

auch ein Jahr später noch nicht rechtswirksam ist. Die jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, dass die namibische Seite es in dieser Form nicht mehr absegnen wird.

DEUTSCHES SCHULDBEKENTNIS

Dabei ist das Schuldbekenntnis eindeutig: „Die Bundesregierung erkennt an, dass die in Phasen des Kolonialkrieges verübten abscheulichen Gräueltaten in Ereignissen gipfelten, die aus heutiger Perspektive als Völkermord bezeichnet würden.“ Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail – in diesem Fall im Verweis auf die heutige Perspektive. So „akzeptiert Deutschland eine moralische, historische und politische Verpflichtung, sich für diesen Völkermord zu entschuldigen und in der Folge die für eine Versöhnung und für den Wiederaufbau erforderlichen Mittel bereitzustellen“. Eine rechtliche Relevanz wie auch der Begriff „Reparationen“ werden damit ausdrücklich vermieden.

In einer Fragestunde im Deutschen Bundestag bekräftigte am 9. Juni 2021 der damalige Außenminister Heiko Maas: „Dieser Abschluss ist ausschließlich einer auf freiwilliger Basis. Es gibt keine Rechtsgründe, aufgrund derer diese Zahlung geleistet oder in Aussicht gestellt wird. Insofern ist es auch nicht vergleichbar mit dem Reparationsthema.“ Die Erklärung hält fest, dass „alle finanziellen Aspekte der vergangenheitsbezo-

genen Fragen“ damit geregelt seien. Bereits zuvor im Mai hatte Außenminister Maas vor der Presse verkündet, als „Geste der Anerkennung des unermesslichen Leids“ sollen 1,1 Milliarden Euro einen Wiederaufbau unterstützen. „Rechtliche Ansprüche auf Entschädigung“, stellte er klar, „lassen sich daraus nicht ableiten“. Insbesondere wäre es gut, sich mit Fragen der ungerechten Verteilung von Landbesitz zu befassen, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen

Die für hauptsächlich im Bereich ländliche Entwicklung und Infrastruktur durchaus sinnvoll verwendete Summe ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie entspricht etwa den seit Namibias Unabhängigkeit für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit bereitgestellten Mitteln. Die gemeinsame Erklärung betont, dies beabsichtigt „die Wunden der Vergangenheit zu heilen und eine dauerhafte Zukunftspartnerschaft zu gestalten“.

Auch wenn Vergleiche bekanntlich hinken: Eine Milliarde Euro gab der amtierende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn 2021 für Corona-Schutzmasken zweifelhafter Qualität aus. Und nach dem Tsunami Ende 2004 kamen binnen eines halben Jahres an Privatspenden und offizieller humanitärer Hilfe der Regierung 1,1 Milliarden Euro zusammen. Die Baukosten des Stuttgarter Bahnhofs (S21) wurden zuletzt auf 9 Milliarden Euro veranschlagt. Der Flughafen Berlin kostete 7 Milliarden Euro. Deutsche Kritiker des angesichts solcher Größenordnungen doch eher mickrigen Betrags fragte der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte Deutschlands in Namibia, Ruprecht Polenz, was diese denn vorschlagen würden – ein neuerlicher Beweis für den kolonialen Blick. Schließlich haben nicht Deutsche das zu beantworten. Ein ernstgemeinter Versuch müsste die Frage an die Menschen Namibias richten.

Finanzielle Nachbesserungen wurden kategorisch ausgeschlossen. Das gilt wohl auch für die restlichen 50 Millionen Euro, die das Abkommen zur Verwendung auf „angemessene Wege für Erinnerung und Gedenken“ wie „für Vorhaben zur Versöhnung, Erinnerung, Forschung und Bildung“ festlegt. Demgegenüber summierte sich das zentrale Holocaust-Mahnmal in Berlin auf 28 Millionen Euro Baukosten auf einem Gelände im Wert von 40 Millionen Euro. Die jährlichen Betriebskosten des Humboldt



Forums in dem für 700 Millionen Euro wiederaufgebauten Berliner Schloss werden mit 60 Millionen Euro beziffert.

WIDERSTAND IN DER BEVÖLKERUNG

In der gemeinsamen Erklärung bittet Deutschland „die Nachkommen der Opfer um Entschuldigung und verneigt sich vor ihnen“. Dieser Bitte wird in der Erklärung bereits entsprochen: „Die Regierung und die Bevölkerung Namibias nehmen Deutschlands Entschuldigung an.“ Damit würden das „schmerzliche Kapitel ... abgeschlossen und eine neue Ära ... eingeleitet“. Die Bevölkerung Namibias wurde allerdings gar nicht gefragt, ob sie diese Entschuldigung akzeptiert.

Bilaterale Regierungsverhandlungen mögen Völkerverständigung dienlich und sogar Voraussetzung dafür sein. Sie sichern aber keine Verständigung zwischen Völkern. Die wichtigsten Vertretungen der Nachfahren der vom Völkermord direkt Betroffenen waren an den Verhandlungen nicht beteiligt. Auch die durch die damaligen Vertreibungen in der Diaspora lebenden Nachkommen blieben unberücksichtigt. So führte die Erklärung zu hitzigen Debatten im namibischen Parlament. Die Oppositionsparteien zeigten sich in einem ungekannten Ausmaß in der entschiedenen Ablehnung einig. Selbst führende Vertreter der regierenden SWAPO (South-West Africa People's Organisation) wie der stellvertretende Staatspräsident und die Premierministerin räumten ein, dass es zumindest hinsichtlich der materiellen Leistungen Nachbesserungsbedarf gebe.

Angesichts des vehementen Widerstands kündigte die namibische Regierung Ende November Nachverhandlungen an. Zwar wurden diese bis dahin von deutscher Seite kategorisch abgelehnt. Doch die neue

Bundesregierung hält im Koalitionsvertrag fest: „Die Aussöhnung mit Namibia bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und moralischen Verantwortung erwächst.“ Anfang 2022 gab Berlin zu erkennen, dass der Ball in der namibischen Ecke sei. Zu Nachverhandlungen erklärte ein Regierungssprecher: „Es liegt ein Angebot von deutscher Seite auf dem Tisch, und die namibische Seite muss jetzt entscheiden, wie sie mit diesem Angebot umgehen möchte.“ Ob dies weitere Verhandlungen ermöglicht, blieb offen.

Das „Versöhnungsabkommen“ harrt zumindest vorerst weiterhin seiner Verwirklichung. Vertreter der Ovaherero und Nama, die sich durch ihre Nichtbeteiligung an den bisherigen Verhandlungen brüskiert fühlen, fordern die Bundesregierung zu direkten Gesprächen auf. Das macht die Sache nicht einfacher, denn an der namibischen Regierung vorbei geht das unter Beachtung diplomatischer Spielregeln wohl kaum. Zivilgesellschaftlichen Bemühungen um Verständnis und Verständigung steht dies hingegen nicht im Weg.

Im März 2022 präsentierte ein Sammelband individuelle Perspektiven aus hauptsächlich deutscher Politik und Kultur sowie direkt Betroffener (auch deutschstämmiger) Menschen in Namibia. Das deutschsprachige Buch (Melber und Platt, 2022) ist ein Versuch der Annäherung an unterschiedlich wahrgenommene Geschichte in der Gegenwart. Damit soll auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass es nicht reicht, koloniale Verbrechen auf die Vergangenheit zu reduzieren.

LITERATUR

Melber, H., Platt, K. (Hg.), 2022: *Koloniale Vergangenheit – postkoloniale Zukunft? Die deutsch-namibischen Beziehungen neu denken.* Frankfurt/Main, Brandes & Apsel.



HENNING MELBER
kam als Jugendlicher nach Namibia, wo er 1974 der SWAPO beitrug. Er leitete die Namibian Economic Policy

Research Unit in Windhoek, war Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute und Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung (beide in Uppsala), und ist Extraordinary Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.
henning.melber@nai.uu.se



„Eine Reform des Sicherheitsrats ist nötig, aber schwer zu erreichen.“

GLOBAL GOVERNANCE

„Demokratische Staaten führen nicht Krieg gegeneinander“

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, dass das multilaterale System zu schwach ist, um Frieden sicherzustellen. In diesem Interview beurteilt Anna-Katharina Hornidge die Lage. Sie ist die Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklung und Nachhaltigkeit (IDOS – German Institute of Development and Sustainability), das bis Ende Juni Deutsches Institut für Entwicklungspolitik hieß. Aus ihrer Sicht stehen wir in einem globalen Konflikt, bei dem irrationale Ansprüche rationale Entscheidungsprozesse behindern.

Anna-Katharina Hornidge im Interview mit Hans Dembowski

Die Menschheit steht vor globalen Problemen, die Nationalstaaten auf sich gestellt nicht lösen können. Drei wichtige Beispiele sind Klima, Pandemie und Krieg. Ist das

Konzept der nationalen Souveränität hinfällig?

Nein, denn Russlands brutaler Angriff auf die Ukrainer zeigt, dass wir ein gemeinsames Verständnis von unverletzlichen Grenzen brauchen. Frieden ist die Voraussetzung für die Erreichung jedes einzelnen UN-Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal), die zusammen eine einstimmig von allen Mitgliedsländern angenommene Vision des globalen Gemeinwohls beschreiben.

Allerdings ist das multilaterale System zu schwach, um den Frieden zu sichern. Wenn der Aggressor als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats (UNSC – UN Security Council) Vetomacht hat, ist das System blockiert.

Ja, eine Reform des Sicherheitsrats ist nötig, aber schwer zu erreichen. Vermutlich sollte es gar kein Vetorecht geben. Ein gu-

ter Schritt in die richtige Richtung ist die Entscheidung, dass, wenn eine Regierung ihr Veto einlegt, sie dies in der UN-Generalversammlung begründen muss. Wichtig ist darüber hinaus, für die Repräsentation aller Weltregionen im UNSC zu sorgen. Afrika und Lateinamerika haben keine permanenten Mitglieder, aber die G7 sind überrepräsentiert. Dieses Ungleichgewicht spiegelt die weltpolitischen Kräfteverhältnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs wider, als die Entkolonisierung in Asien gerade erst begann und in Afrika noch nicht eingesetzt hatte. Das Missverhältnis schwächt die Legitimität des Sicherheitsrats.

Aber selbst wenn er gegen Russland entscheiden sollte, könnte er keine Sanktionen gegen eine Nuklearmacht durchsetzen.

Versuche, den Krieg mit militärischen Mitteln zu beenden, wären sicherlich nicht klug, aber Wirtschaftssanktionen funktionieren offensichtlich. In diesem weiteren Sinne betrifft der Krieg auch längst die ganze Welt. Die westlichen Sanktionen beißen, und Russland setzt strategisch auf Hunger. In dieser Situation wäre eine UNSC-Entscheidung gegen Russland wertvoll – zum Beispiel im Informationskrieg, der nicht nur, aber besonders intensiv im digitalen Raum geführt wird.



„Es ist ebenso widerlich, wie unbekümmert die russische Führung Abertausende junger Männer opfert“: zerstörte russische Panzer.

kratie nicht nur in der Ukraine stattfindet. Es ist ein Kampf zwischen engstirnigem Egoismus und dem Gemeinwohl, zwischen Irrationalität und Rationalität. Vladimir Putin behauptet beispielsweise, die Ukraine gebe es gar nicht wirklich, weil Russlands historische Wurzeln vor Jahrhunderten in Kiew wuchsen. Wenn wir das ernst nehmen, könnte die Stadt Rom Anspruch auf halb Europa, Nordafrika und große Teile des Nahen Ostens erheben.

Was halten Sie von Putins Standpunkt, die NATO-Erweiterung habe berechnete Interessen Russlands verletzt?

Das ist nur stimmig, wenn Russland Ansprüche auf eine Einflussphäre hat, die es kontrolliert und die nicht zufällig weitgehend mit dem Zarenreich des 19. Jahrhunderts übereinstimmt. Die NATO-Erweiterung ist kein Resultat von US-Imperialismus. Die Beitrittsländer bestanden wegen ihrer historischen Erfahrung mit Russland auf Aufnahme. Wichtig ist auch, dass die historische Erfahrung zeigt, dass demokratische Staaten nicht Krieg gegeneinander führen.

Demokratisch gewählte Regierungen beginnen aber manchmal Kriege. Die USA und Britannien marschierten 2003 mit einer Koalition der Willigen in den Irak ein, um Saddam Hussein zu stürzen.

Das war ein großer Fehler und illegal, unter anderem weil es kein klares Mandat des Sicherheitsrats gab. Wäre aber Saddam Hussein den Irakern gegenüber rechenschaftspflichtig gewesen, hätte es vermutlich keinen Krieg gegeben. Eine gewählte Regierung hätte mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit internationale Inspektoren nach Massenvernichtungswaffen suchen lassen, denn sie hätte auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen. Die meisten Menschen wollen nicht für die militärischen Ambitionen eines Diktators sterben.

Weshalb tun sich dann so viele Regierungen von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen so schwer damit, jetzt Partei gegen Russland zu ergreifen?

Ich denke, diese Ambivalenz hat mehr mit Misstrauen gegenüber westlichen Regierungen zu tun als mit Sympathien für Russland. Das Misstrauen hat viele Gründe. Großenteils waren westliche Regierungen die Kolonialmächte, während die Sowjetunion verschiedene Befreiungsbewegungen un-

Wenn Souveränität heute mit Pflichten einhergehen soll, ist es nicht mehr dasselbe Konzept, das vor vier Jahrhunderten half, den verheerenden Dreißigjährigen Krieg zu beenden. Damals ging es darum, dass der jeweilige Landesherr tun konnte, was er wollte – und in diesem Kreis war keine Frau dabei. Verdienen globale Interessen heute nicht Vorrang vor nationalen?

Es ist im wohlverstandenen Eigeninteresse jeder Nation, globale Probleme in den Griff zu bekommen – und es gibt viele davon. Wenn die Menschheit sich dieser Aufgabe nicht stellt, wird jeder Nationalstaat schlechtergestellt. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit, weil Alleingänge zu Katastrophen führen. Ohne Stärkung des multilateralen Systems ist es unmöglich, gemeinsame Lösungen auszuhandeln und Politik kohärent umzusetzen.

Die entsprechenden Strukturen zu schaffen, ist offensichtlich sehr schwierig – wir können Handeln aber nicht ständig weiter aufschieben.

Genau aus diesem Grund sehen wir das Entstehen diverser internationaler Allianzen und Clubs, die jeweils spezifische Probleme angehen sollen. Dazu gibt es aktuell auch keine Alternative. Die Politiker müssen anpassen, dass diese Allianzen inklusiv gestaltet werden und das bestehende multilaterale System nicht untergraben.

Was heißt das konkret?

Die Allianzen müssen anschlussfähig sein und neue Mitglieder willkommen heißen, und dabei geht es auch um den Privatsek-

tor, die Zivilgesellschaft, Kommunen und andere subnationale staatliche Strukturen. Diese Allianzen dürfen nicht in kleinem Kreis Lösungen definieren und dann versuchen, sie der übrigen Welt aufzuzwingen. In diesem Sinne sind Climate Justice Partnerships vielversprechend. Beim Klimagipfel in Glasgow wurde eine solche Partnerschaft mit Südafrika beschlossen. Das entspricht multilateralen Beschlüssen im Kontext der multilateralen Klimarahmenkonvention (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change), ist aber viel spezifischer.

Wie sollen wir mit skrupellosen Politikern und Propagandisten umgehen, die mit der Behauptung Karriere machen, globale Kräfte unterdrückten ihre jeweilige Nation? In vielen Ländern tun Rechtspopulisten mit großem Erfolg so, als verteidigten sie ihr Volk gegen internationale Mächte. Das bedroht die Demokratie, weshalb ich finde, dass wir nur ein unvollständiges Bild zeichnen, wenn wir den Ukrainekrieg als Kampf zwischen Despotismus und Demokratie bezeichnen. Dieser Kampf findet in vielen Ländern statt, und zwar auch innerhalb von EU-Mitgliedern und den USA.

Das stimmt. Glücklicherweise wurde Emmanuel Macron als französischer Präsident wiedergewählt, und Italien wirkt zurzeit stabiler als vielfach erwartet. In Ungarn und Polen ist die Situation schwierig, um es vorsichtig zu formulieren. Aktuelle Entwicklungen in den Philippinen, Indien und Brasilien sind besorgniserregend. Es ist in der Tat wichtig, klarzumachen, dass der Kampf zwischen Despotismus und Demo-

terstützte. Wichtiger ist aber möglicherweise das Muster, nach dem westliche Staaten viel versprechen, das sie später nur zögernd oder gar nicht erfüllen. Denken Sie nur an Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance), Klimafinanzierung oder Impfstoffe. Westliche Regierungen beschwören globale Zusammenarbeit, wenn das für sie gut ist, verfolgen aber nationale Eigeninteressen, wenn ihnen das möglich ist. Sie betonen permanent Menschenrechte – nur dann nicht, wenn es um Geflohene geht. Das russische Regime lügt ständig und offensichtlich, aber westliche Doppelbödigkeit hat ebenfalls Vertrauen zerstört. In den Augen vieler Menschen ist sie gleich schlimm.

Aber es empört doch, wie offensichtlich Russland Menschenrechte und menschliches Wohlergehen missachtet.

Ja, und dabei geht es nicht nur um das Leid der Ukrainer und Ukrainerinnen. Es ist ebenso widerlich, wie unbekümmert die russische Führung Abertausende junger Männer opfert. Es steht für undemokratisches Regierungshandeln. Putins Nationalismus hat eine ausgeprägt zerstörerische Tendenz.

Was können westliche Regierungen tun, um Vertrauen zu schaffen – auch mit Blick auf die globalen Allianzen, die nötig sind, um weltweite Probleme anzugehen und letztendlich auch die UN zu reformieren?

Vor allen Dingen müssen sie ihre Versprechen halten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Vor einem Jahr versprach der G7-Gipfel in Cornwall 1 Milliarde Dollar für internationale Impfstoffbeschaffung, aber bis Januar sind davon nur 30 Prozent tatsächlich geflossen, wie wir kürzlich in einer gemeinsamen Publikation mehrerer Thinktanks ausgeführt haben (Kickbusch et al., 2022). Das war mitten in der weltweiten Pandemie. Wer feierlich abgegebene Versprechen nicht hält, kann von anderen kein Vertrauen erwarten. Das Problem ist wahrscheinlich größer, als westlichen Regierenden klar ist. Ihre Gesprächspartnerinnen und -partner aus Entwicklungsländern wissen aber nicht nur, welches Leid die Klimakrise bei ihnen zu Hause verursacht. Ihnen ist auch klar, dass die wohlhabenden Nationen, also die Hauptverursachenden, ihre Treibhausgas-Emissionen in den 30 Jahren, seit die UNFCCC in Rio de Janeiro beschlossen wurde, nicht im nötigen Maß reduziert haben. Für Vertrauen ist Politik-

kohärenz zentral. Um in der globalen Arena überzeugend zu agieren, ist überzeugendes Handeln nötig – und das betrifft auch innere Angelegenheiten. Westliche Regierungen müssen die Transformation ihrer eigenen Länder zur Nachhaltigkeit beschleunigen.

LINK

Kickbusch, I., Hornidge, A.-K., Gitahi, G. und Kamradt-Scott, A., 2022: **G7 Measures to enhance global health, equity and security.** https://www.think7.org/wp-content/uploads/2022/05/issuepaper_Health_G7-Measures-to-enhance-Global-Health-Equity-and-Security_Kickbusch_Hornidge_Gitahi_Kamradt-Scott.pdf



ANNA-KATHARINA HORNIDGE
ist Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS), des

früheren Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Sie ist zudem Professorin für globale nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn.

Twitter: @AnnaK_Hornidge
www.idos-research.de

Neuer Name, klarer Auftrag



IDOS (German Institute of Development and Sustainability) ist seit 23. Juni der neue Name des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Mit diesem Schritt verleiht die international hoch anerkannte Forschungseinrichtung ihrer gewachsenen Internationalisierung und der stärkeren Ausrichtung auf Nachhaltigkeit Ausdruck.

Das Akronym IDOS – gesprochen eidos – ist ein Begriff der politischen Philosophie:

Er steht bei Platon für „Idee“ und bei Aristoteles für „Form“. Das Akronym entspricht dem Anspruch, Politik, Praxis und Wirklichkeit mit empiriebasierter und theoriegeleiteter Wissenschaft aktiv mitzugestalten.

Das Institut verzichtet künftig auf einen deutschen Namen und ein deutsches Akronym. Es wurde 1964 gegründet und gehört zu 75 Prozent dem Bund und zu 25 Prozent dem Land Nordrhein-Westfalen. Der Sitz von IDOS ist in Bonn.

Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), äußerte sich so zur Rolle des IDOS: „Gute Entwicklungszusammenarbeit braucht eine wissenschaftliche Grundlage und Begleitung. Dafür steht das German Institute of Development and Sustainability bereits seit vielen Jahren. Gerade in der aktuellen Situation brauchen wir die Expertise des Instituts, um langfristige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.“

Isabel Pfeiffer-Poengsen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, sagte anlässlich der Umbenennung: „Das IDOS zählt zu den weltweit führenden Forschungseinrichtungen, die Themen der globalen

Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik untersuchen.“

IDOS-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten an Antworten auf zentrale Zukunftsfragen. Dabei geht es unter anderem um Dinge wie:

- die klimastabilisierende Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialsysteme,
- globale Governance-Systeme für Klima, Biodiversität, Wasserressourcen und Meere,
- Institutionenlandschaften und Instrumente externer Politikgestaltung auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene und
- transregionale Kooperationsformate für nachhaltige, friedensichernde und in demokratischen Werten verankerte Zukunftsgestaltung.

IDOS/E+Z

VERSICHERUNGEN

Absicherung gegen Klimarisiken

Vor allem in Ländern mit niedrigen Einkommen sind zu viele Menschen nicht gegen Klimafolgen versichert. Um das zügig zu ändern, gilt es Hemmnisse zu beseitigen.

Von Renate Bleich, Dirk Reinhard und Christian Barthelt

Mehr als eine Million Menschen kamen Schätzungen zufolge zwischen 2000 und 2018 aufgrund von Wetterkatastrophen ums Leben. Der finanzielle Schaden betrug in diesem Zeitraum etwa 4210 Milliarden US-Dollar (Aon 2018). Seit der Jahrtausendwende stiegen die wirtschaftlichen Verluste und Schäden durch Naturkatastrophen und Wettergefahren deutlich an. Allerdings war seit 1980 global nur ein Drittel solcher Schäden versichert.

In Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Problem besonders groß: Zum einen sind sie häufig stark betroffen von den Folgen der Klimaerwärmung, die sowohl die Intensität als auch die Häufigkeit von Extremwetterereignissen erhöht. Zum anderen mangelt es an Versicherungen.

Beispielsweise waren in Asien – ohne Japan – seit 1980 weniger als fünf Prozent der Schäden aus Wetterkatastrophen versichert. In den 77 ärmsten Ländern sind laut Schätzungen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP – United Nations Development Programme) sogar nur drei Prozent der Katastrophenschäden versichert. Im Katastrophenfall müssen die Länder und Menschen die Kosten für Nothilfe und Wiederaufbau selbst tragen, oder sie müssen internationale Hilfe in Anspruch nehmen.

Nötig ist daher ein umfassendes Risikomanagement. Neben Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaerwärmung und zur Vorbeugung von Katastrophen gehören dazu als zentraler Baustein auch Versicherungen gegen Klimarisiken, sogenannte Klimarisikoversicherungen.

REGIONAL, NATIONAL, INTERNATIONAL

Bei Klimarisikoversicherungen kann es sich sowohl um Lösungen auf Individualebene

handeln, etwa Mikroversicherungen, als auch um regionale, staatliche oder internationale Sicherungssysteme. Die Auszahlungen erfolgen entweder:

- schadenbasiert, wobei die Auszahlung auf dem tatsächlich ermittelten Schaden beruht, oder
- indexbasiert, das heißt, der Auszahlung liegt ein Index zugrunde, der Wetter-



Verwüstungen durch Taifun Rai auf den Philippinen Ende 2021.

daten mit erwartbaren Schäden verknüpft. Wird beispielsweise eine bestimmte Windstärke überschritten oder eine gewisse Anzahl von Tagen ohne Regen in einem definierten Zeitraum in einer Region, löst dies eine Auszahlung aus. Deren Höhe steht im Voraus fest.

Klimarisikoversicherungen haben in den vergangenen Jahren an Aufmerksamkeit gewonnen. An positiven Beispielen mangelt es nicht (siehe Kasten). Dennoch stehen insbesondere in Ländern mit nied-

rigen Einkommen zahlreiche Gründe einer flächendeckenden Versorgung mit Versicherungen im Weg. Viele dieser Hemmnisse gelten generell, wenn es darum geht, in Märkten mit niedrigen Einkommen den Zugang zu Versicherungen zu verbessern (Reinhard 2019).

VIELE HÜRDEN

Eine zentrale Herausforderung ist das geringe Interesse von „klassischen“ Versicherern, untere Einkommensschichten zu erschließen – aus Kostengründen: Je geringer die Beiträge und Prämien sind, desto mehr fallen Transaktionskosten ins Gewicht. Auch

fehlen häufig effiziente Vertriebswege und Systeme für das Kundenmanagement, vor allem auf dem Land. Oft ist die Versorgung mit Strom und Internet unzuverlässig oder nicht vorhanden. Das erschwert es Versicherern, nach Extremwettern die Schäden schnell zu bewerten und Schadenszahlungen zu leisten. Bei den oben erwähnten indexbasierten Versicherungen entfällt zwar der Aufwand für die Schadenanalyse und Geld kann schneller fließen, allerdings bildet der Index die Schäden häufig nur un-

genau ab, sodass Betroffene im Ernstfall manchmal keine oder eine zu geringe Auszahlung erhalten können.

Zudem müssen Versicherer für gute Lösungen in Vorleistung gehen: Sie müssen detaillierte Marktforschung betreiben und ein tiefes Verständnis der Lebens- und Einkommensbedingungen der Menschen entwickeln. Zentrale Fragen sind: Wie werden die wichtigsten Risiken derzeit gemanagt? Wie lässt sich dies mit Versicherungen erfolgreich ergänzen? Nicht zuletzt müssen die Kunden verstehen, wie Versicherungen funktionieren. Das kann schwierig sein, vor allem wenn sie zum ersten Mal eine Versicherung abschließen.

Ein besseres Verständnis ist auch dort notwendig, wo sich Staaten gegen Klimarisiken versichern. Politische Entscheidungsträger müssen die Risiken und Versicherungen besser verstehen als bisher, damit sie geeignete Rahmenbedingungen für das Risikomanagement schaffen können. Hier kann die Versicherungsindustrie einen Beitrag leisten, etwa indem sie Modelle und Daten bereitstellt.

Weitere Hemmnisse sind fehlende Wetter- und Schadendaten – sowohl aktuell als auch historisch – und erschwerte Prognosen durch das Voranschreiten der Kli-

makrise. Beispielsweise wiederholen sich wetterbedingte Katastrophen in kürzeren Abständen.

All diese Herausforderungen machen Klimarisikoversicherungen sehr teuer. Subventionen sind häufig notwendig, sowohl für betroffene Staaten als auch für die unteren Einkommensschichten in diesen Ländern.

Enormes Potenzial bietet allerdings die Digitalisierung, die sich durch die Pandemie noch beschleunigt hat. Insbesondere die rapide Verbreitung von Mobilfunk und mobilen Zahlungssystemen kann die Datelage und den Informationsfluss verbessern sowie Kosten reduzieren. In diesem Bereich sollten Regulierungen angepasst werden, um Innovationen zu ermöglichen und Genehmigungsbarrieren abzubauen.

Angesichts der gravierenden Auswirkungen der Klimaerwärmung – laut Weltklimarat sind 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen vulnerabel – gilt es, die Absicherung von Klimarisiken durch Versicherungen zügig zu verbessern. Hierzu müssen Regierungen, der Versicherungssektor sowie internationale Organisationen und Initiativen verstärkt kooperieren. So kann die Versicherung von Klima- und Katastrophenrisiken zu einem wesentlichen Element von Stra-

tegien zur Anpassung an die Klimaerwärmung werden.

QUELLEN

Aon Weather, Climate & Catastrophe Insight 2018 Annual Report:

[http://thoughtleadership.aon.com/](http://thoughtleadership.aon.com/Documents/20190122-ab-if-annual-weather-climate-report-2018.pdf)

[Documents/20190122-ab-if-annual-weather-climate-report-2018.pdf](http://thoughtleadership.aon.com/Documents/20190122-ab-if-annual-weather-climate-report-2018.pdf)

Reinhard, D., 2019: Making insurance work for emerging economies. South African Actuary, April 2019.



RENATE BLEICH
ist Geschäftsführerin der Münchener Rück Stiftung.
rbleich@munichre-foundation.org



DIRK REINHARD
ist stellvertretender Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung.



CHRISTIAN BARTHELT
ist Senior Projektmanager bei der Münchener Rück Stiftung.

Viele Positivbeispiele

Versicherungen gegen Klimarisiken sind in den vergangenen Jahren mehr und mehr in den Fokus gerückt. Sie sind ein wesentlicher Baustein, um vulnerable Bevölkerungsgruppen abzusichern, auch wenn immer noch zu viele Menschen nicht versichert sind. Nennenswerte Initiativen gibt es viele. Eine der größten ist die Insu-Resilience Global Partnership, initiiert im Jahr 2017 von G20 und V20 (Vulnerable Twenty – eine Gruppe besonders von der Klimaerwärmung betroffener Staaten). Sie dient dazu, für die vulnerabelsten Menschen weltweit passende Finanz- und

Versicherungslösungen gegen Klima- und Katastrophenrisiken zu entwickeln. Im Jahr 2021 profitierten davon mehr als 150 Millionen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, darunter mehr als 60 Millionen per Mikroversicherung. Ziel ist es, bis 2025 zusätzlich 500 Millionen Menschen abzusichern. Auf dieses Ziel einzahlen soll auch die Insurance and Risk Finance Facility (IRFF), kürzlich initiiert vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – United Nations Development Programme). Sie soll in 50 Schwellen- und Entwicklungsländern die

Entwicklung von Versicherungen und Risikofinanzierungen vorantreiben. Die Bundesregierung unterstützt dies mit 35 Millionen Euro.

Der Privatsektor engagiert sich zum Beispiel im Insurance Development Forum (IDF), einer Public-private-Partnership unter Führung der Versicherungsindustrie. Sie nutzt Risikomanagement und Versicherungen, um vulnerable Länder und Bevölkerungsgruppen widerstandsfähiger gegen Klimarisiken und Katastrophen zu machen.

Weitere erwähnenswerte Projekte sind:

- das indische Pradhan Mantri Fasal Bima Yojana (PMFBY), das weltweit größte nationale Agrarversicherungssystem. Es ist staatlich subven-

tioniert und versichert derzeit rund 25 Millionen Bauern, vor allem Kleinbauern.

- die Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility (CCRIF), ein regionaler Risikopool auf staatlicher Ebene, der Versicherungen gegen Wirbelstürme, Starkregen und Erdbeben zur Verfügung stellt. Mitglieder sind 19 karibische und drei mittelamerikanische Staaten.

- die African Risk Capacity (ARC), gegründet 2012. Sie hilft ihren 35 Mitgliedstaaten, sich auf extreme Wetterereignisse sowie Ausbrüche von Krankheiten und Epidemien vorzubereiten. Dazu zählen etwa Frühwarnung, Versicherungslösungen und die Entwicklung von Notfallplänen, insbesondere für Dürren. RB, DR, CB

ALTKLEIDER

Der Nutzen überwiegt

Der Export von Secondhandkleidung aus westlichen Industrieländern nach Afrika steht in der Kritik. Er mache die dortige Wirtschaft kaputt, heißt es. Die Realität ist aber komplizierter.

Von Thomas Ahlmann

Gebrauchte Textilien sind seit Langem ein weltweiter Handelsartikel. Die Menge ausrangierter Kleidung in den Industrieländern wächst, und auch die Nachfrage nach Secondhandtextilien steigt, insbesondere in Ländern des globalen Südens. Es sind in erster Linie Menschen mit geringen Einkommen, die Secondhandkleidung kaufen. Aber auch modebewusste Käuferinnen und Käufer schätzen die Auswahl und Qualität auf dem Secondhandmarkt.

Dass Benachteiligte von Secondhandkleidung profitieren, zeigte auch ein vor mehreren Jahren von FairWertung durchgeführtes Dialogprogramm in mehreren afrikanischen Ländern mit Schwerpunkten in Tansania und Kamerun. Der Dachverband FairWertung ist der bundesweite Zusammenschluss gemeinnütziger Organisationen, die gebrauchte Textilien sammeln. Bei Interviews im Rahmen des Programms kam auf die Frage nach der Beurteilung von Secondhandkleidung immer wieder die Antwort, diese sei „gut für die Armen“.

Daneben gibt es insbesondere jüngere Käuferinnen und Käufer, die Abwechslung in ihre Garderobe bringen möchten, ohne

Neues zu kaufen. Auch Modeaspekte und Marken spielen bei der Konsumentenscheidung eine immer größere Rolle.

Einer der größten Kritikpunkte im Zusammenhang mit dem Export gebrauchter Kleidung aus Industrieländern in afrikanische Länder ist, dass dies der dortigen Textilwirtschaft schade. Allerdings ist die Annahme falsch, es habe vor der kommerziellen Einfuhr von Gebraucht Kleidung in den meisten afrikanischen Ländern eine einheimische Bekleidungsindustrie und ein preisgünstiges, flächendeckendes Angebot an Textilien existiert.

HISTORISCHER UMBRUCH

Zwar gab es bis Anfang der 1980er-Jahre dank staatlicher Subventionen zumindest in einigen Ländern Afrikas Bekleidung aus einheimischer Produktion. Manche Regierungen förderten die gesamte textile Produktionskette und schotteten zugleich die Binnenmärkte gegen alle Importe ab. Mitte der 1980er allerdings kam der Umbruch: Im Zuge von Umschuldungsprogrammen unter Federführung des Internationalen Währungsfonds mussten viele Staaten sämtliche Subventionen streichen und Importbeschränkungen aufgeben. Die einheimischen Betriebe waren damit der Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt. Gleichzeitig erschwerten unsichere Rahmenbedingungen, zum Beispiel fehlende Ersatzteile und häufige Stromausfälle,

eine funktionierende, regelmäßige Produktion.

In diesen Krisenjahren gab es vielerorts nur wenig Kleidung zu kaufen. Mitumba – so die in Ostafrika übliche Bezeichnung für Gebraucht Kleidung – schuf Abhilfe und sorgte außerdem dafür, dass sich die Textilversorgung in ländlichen Gebieten verbesserte. Die verbliebenen inländischen Textil- und Bekleidungsbetriebe spezialisierten sich in den Folgejahren weitgehend auf Nischenmärkte und haben damit zunehmend Erfolg.

Heutzutage findet man auf afrikanischen Märkten neben Secondhandtextilien auch wieder Neuware im Angebot. Diese stammt aber in der Regel aus asiatischer Produktion. Sie wird teils preisgünstiger angeboten als Secondhandkleidung. Trotzdem kaufen weiterhin viele Menschen Gebraucht Kleidung, weil sie oft eine bessere Qualität hat als die chinesischen Textilien. Diese verschleißten in der Handwäsche schnell und haben einen hohen Kunstfaseranteil.

Daneben gibt es in einigen afrikanischen Ländern durchaus Bekleidungsfabriken, von denen die überwiegende Mehrheit aber nicht für die einheimische Bevölkerung produziert, sondern für Märkte in den USA und Europa. Oftmals kleiden sich auch die Näherinnen und Näher dieser Fabriken auf den Secondhandmärkten ein.

Die Annahme, ohne den Import von Secondhandkleidung gäbe es vielerorts eine wettbewerbsfähige einheimische Bekleidungsindustrie und zeitgleich ein für alle erschwingliches Angebot an Kleidung, ist unter den derzeitigen Umständen wenig realistisch. Vielmehr bestimmt die geringe Kaufkraft das Angebot, und asiatische Produzenten bestimmen den Markt für Neuware. Der Secondhandhandel bedient diese Nachfrage und schafft dabei Einkommen für viele tausende Menschen.

ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN

In den vergangenen Monaten haben Bilder von Textilmüll auf Mülldeponien in Afrika die ökologische Dimension des Altkleiderhandels in den Fokus gerückt. Aus Umweltsicht ist Secondhandkleidung grundsätzlich vorteilhaft: Durch die längere Nutzung werden Rohstoffe und Chemikalien in der Produktion von Neuware eingespart. Richtig ist aber auch, dass die meisten afrikanischen Länder nicht über ein funktionierendes Ab-



Verkäufer von Secondhandkleidung in Nairobi, Kenia.

fallwirtschaftssystem verfügen, sodass Textilien am Ende ihrer Nutzung in der Regel auf offenen oder wilden Deponien landen.

Bei der Textilsammlung in westlichen Industrieländern fallen neben gut erhaltener Kleidung auch erhebliche Recycling- und Müllanteile an (siehe Kasten). Um die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren, sollten aus der EU nur solche Textilien exportiert werden, die tragfähig sind und für die eine Nachfrage besteht. Die Recycling- und Müllanteile hingegen gilt es möglichst dort zu verwerten, wo sie anfallen. Werden solche Anteile doch in Staaten außerhalb der EU exportiert, sollten die Unternehmen lückenlos nachweisen, dass sie dort gleich- oder höherwertig behandelt und verwertet werden.

In diesem Zusammenhang ist die korrekte Deklaration der Waren beim Export

entscheidend. FairWertung arbeitet daher mit ausgewählten Partnern zusammen, die sich freiwillig einem Auditverfahren unterziehen. Auch die korrekte Deklaration wird in regelmäßigen Audits geprüft. Auf diese Weise stellen die gemeinnützigen Sammler bei FairWertung einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kleiderspenden auf dem weiteren Verwertungsweg sicher. Verbraucherinnen und Verbraucher, die gezielt gemeinnützige Sammlungen unterstützen möchten, können bei der Altkleiderentsorgung auf das Zeichen achten.

Mittel- und langfristig muss das Ziel sein, eine echte Kreislaufwirtschaft umzusetzen. Das bedeutet zunächst: Unternehmen müssen Textilien so produzieren, dass sie am Ende ihrer Nutzung als Ausgangsmaterial für neue Produkte dienen können. Wir

in Europa verfügen bereits heute über das Knowhow und das nötige Kapital, um eine nachhaltigere Textilwirtschaft aufzubauen; vor allem aber haben wir die Hauptverantwortung.

LINK

Abgabestellen der von FairWertung zertifizierten Organisationen:
<https://www.altkleiderspenden.de>



THOMAS AHLMANN
ist Geschäftsführer des Dachverbands FairWertung, eines bundesweiten Netzwerks von gemeinnützigen

Organisationen, die Altkleider sammeln.
info@fairwertung.de

Altkleidersammlung in Deutschland

Jedes Jahr landen in Deutschland etwa eine Million Tonnen Gebrauchtkleidung in der Kleidersammlung – mehr als zwei Milliarden einzelne Textilien. Das ist ein Vielfaches des Bedarfs für soziale Zwecke hierzulande, weshalb ein wesentlicher Teil davon exportiert wird. Das Sammelaufkommen ist seit Mitte der 1990er-Jahre um mehr als 25 Prozent gestiegen. Das liegt vor allem am veränderten Konsumverhalten: Da Neutextilien immer günstiger angeboten werden, werden insgesamt mehr Textilien gekauft. Zudem wird Kleidung nach immer kürzerer Zeit ausrangiert, weil die Moden schneller wechseln.

Viele geben ihre überschüssigen Textilien direkt in Kleiderläden und Gebrauchtkaufhäusern ab. Diese geben gut erhaltene Stücke kostenlos an Bedürftige weiter oder verkaufen sie preisgünstig. Ganz

überwiegend werfen Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Altkleider allerdings in Container ein oder geben sie bei Straßen- oder Haustürsammlungen ab. Betrieben werden diese Sammlungen von karitativen oder gemeinnützigen Organisationen, aber auch von anderen Akteuren wie Kommunen oder gewerblichen Sammlern. Zudem haben einige Hersteller und Händler von Textilien eigene Rücknahmesysteme für Gebrauchtkleidung etabliert.

Die gesammelte Kleidung wird per Hand sortiert. Durchschnittlich sind nach Erhebungen des Dachverbands FairWertung nur etwa 55 Prozent einer Kleidersammlung für den Secondhandgebrauch geeignet (siehe Grafik): Bei zwei bis vier Prozent handelt es sich um Textilien von besonders guter Qualität, sogenannte Cremeware. Sortierbetriebe verkaufen

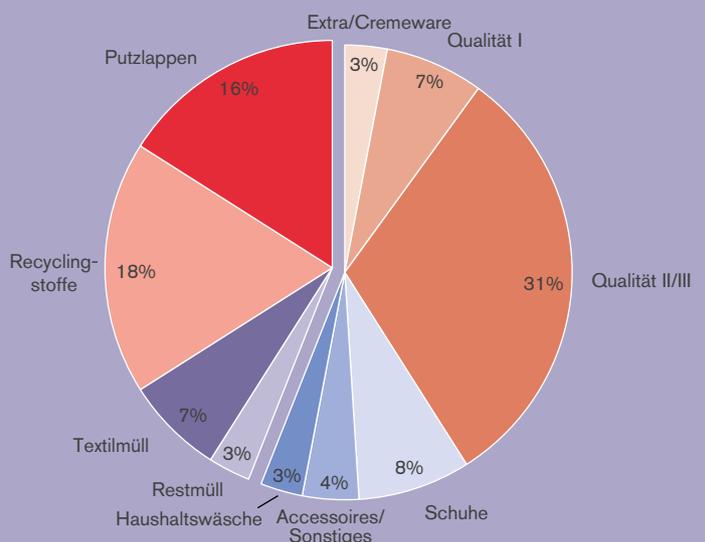
sie weiter an Secondhandläden in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern. Textilien, die als Qualität I, II und III bezeichnet werden, gehen nach Osteuropa, Afrika und in den Mittleren Osten.

Insgesamt besteht knapp die Hälfte einer Kleidersammlung aus minderwertigen Textilien, die nicht mehr für den

Secondhandgebrauch geeignet sind. Saugfähige Textilien finden als Putzlappen in der Industrie Verwendung. Weitere 17 bis 19 Prozent der Sammelware können als Recyclingstoffe zur Herstellung anderer Materialien verwendet werden, etwa von Dachpappe oder Abdeckungen für die Automobilindustrie. TA

Zusammensetzung der Gebrauchtkleidung

Durchschnittliches Sortierergebnis in einem deutschen Sortierbetrieb (Werte gerundet)





Seniorin in Sogamoso, Kolumbien.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

In Würde altern

Auch in vielen Ländern des globalen Südens findet ein demografischer Wandel statt. Eine älter werdende Bevölkerung stellt die Gesellschaften vor große Herausforderungen.

Von Dagmar Wolf

Das demografische Altern sei „ein entscheidendes Merkmal des 21. Jahrhunderts“, zitiert Christel Wasiek, Autorin des Buches „Seniorenhilfe weltweit“, die UN. Grund hierfür seien die weltweit besseren Lebensbedingungen, die den Menschen ein längeres Leben erlaubten. Allerdings seien die jeweiligen soziokulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen Menschen altern, in den Ländern der Welt sehr unterschiedlich, schreibt die Autorin.

In ihrem 2021 erschienenen Buch berichtet Wasiek aus ihren 50 Jahren Erfahrung in der Seniorenarbeit in Lateinamerika und der Karibik. 2008 gründete die Autorin die Stiftung „Seniorenhilfe weltweit“ zur Förderung der Altenhilfe.

In Ländern wie Uruguay, Chile oder Brasilien liegt der Anteil der Menschen über 60 Jahren bei über 16 Prozent, in Kuba sind es sogar über 20 Prozent. Die Lebenserwartung liegt bei durchschnittlich 77,5 Jahren, wobei Frauen im Schnitt über 80 Jahre alt

werden. Ein Großteil dieser Menschen hat keine ausreichende soziale Absicherung. Die Lebensqualität ist insbesondere für die ländlichen, indigenen und afroamerikanischen Bevölkerungsgruppen allgemein ungünstig, schreibt Wasiek.

Lange kam die Zielgruppe alte Menschen in der Entwicklungspolitik nur am Rande vor. Man ging davon aus, dass sich die Familien um die alten Menschen kümmern. Erst in den 1980er Jahren brachte die International Federation on Ageing, eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich aus Vertretern von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen, der Industrie und Einzelpersonen aus fast 80 Ländern zusammensetzt, das Thema auf die internationale Agenda.

Seit Jahren bereits nimmt die Altenbevölkerung weltweit zu, doch besonders Entwicklungsländer waren und sind nicht darauf vorbereitet, die Folgen des demografischen Wandels sozialpolitisch zu bewältigen, schreibt Wasiek. Es gab immerhin diverse Konferenzen, in denen eindringlich auf die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Seniorenbevölkerung in den Ländern des globalen Südens hingewiesen wurde, so auch die beiden UN-Weltversammlungen über Fragen des Alters 1982 in Wien und 2002 in Madrid.

Dabei wurden sowohl Regierungen als auch die Zivilgesellschaft aufgefordert, die Auswirkungen des weltweiten Alterns unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse alter Menschen sozialpolitisch zu gestalten.

Parallel dazu hat laut Wasiek die Gerontologie als Wissenschaft vom Alter und Altern an Bedeutung gewonnen und die Praxis der Seniorenarbeit beeinflusst. Es ging nicht mehr nur um die reine Versorgung alter Menschen. Die Sozialgerontologie richtet sich vielmehr an den Menschenrechten aus und zielt darauf ab, die Potenziale von Senioren und Seniorinnen in Bezug auf Selbstorganisation und Selbsthilfe zu aktivieren – kurzum, das Ziel war fortan, die Lebensqualität der Seniorenbevölkerung zu verbessern unter anderem durch:

- den Aufbau sozialer Dienstleistungen,
- sinnvolle Aufgaben und Freizeitbeschäftigung für Senioren (z.B. Sport, Gärtnern, Seniorenreisen),
- die Netzwerkbildung von Senioren untereinander,
- die Stärkung ihrer politischen Einflussnahme,
- Mehrgenerationenarbeit, um gegenseitiges Bewusstsein zu schaffen,
- Hinwirken auf ein positiveres Altersbild in der Gesellschaft,
- Informations- und Fachaustausch sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeitende in gerontologischen Praxisfeldern.

Seit den Anfängen der sozialen Seniorenarbeit wurde einiges erreicht, doch es gibt noch viel zu tun. Das Buch appelliert vor allem an die Verantwortlichen in der Entwicklungspolitik, die Folgen des demografischen Wandels in ihre Projektarbeit einzubeziehen und so einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut der Seniorenbevölkerung in den Entwicklungsländern zu leisten.

BUCH

Wasiek, C., 2021: Seniorenhilfe weltweit. Erfahrungen aus Lateinamerika. Freiburg, Herder. / Spanische Ausgabe, 2022: Opción por la vejez. Experiencias en América Latina. Montevideo, Doble clic Editoras.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Nigerias Hitzewelle

Wetterextreme in Nigeria zwingen die Einheimischen dazu, sich mit der Klimakrise zu befassen. Das Land erlebt eine Hitzewelle, die die Gesundheit gefährdet und das Leben der Nigerianer in vielen Teilen des Landes beeinträchtigt.

Der nigerianische Wetterdienst (NiMET) warnte die Nigerianer in seinem Klima- und Gesundheitsbericht für April 2022 vor der drohenden Hitze. Die Höchsttemperaturen im April – einem der heißesten Monate – lagen landesweit zwischen 37 und 43 Grad Celsius.

NiMET warnte, dass große Hitze zu Folgekrankheiten wie Sonnenstich, Hitzschlag, Kopfschmerzen, Konzentrationsverlust und Dehydrierung führen kann. Es kann auch zu einem Anstieg von Meningitis- und Malariaerkrankungen kommen. Medizinexperten wiesen darauf hin, dass hohe Temperaturen die Ausbreitung und die Sterblichkeit von Infektionskrankheiten wie Lassafieber, Gelbfieber, Masern, Windpocken, Affenpocken, Cholera und Covid-19 verschlimmern könnten.

Der leitende medizinische Direktor der Ace Medicare Clinic in Ota, Wole Kukoyi, sagt, dass die extremen Wetterbedingungen auch zu noch schlimmeren Folgen wie Nierenversagen, Schlaganfall, übermäßigen Blutungen und Hautkrebs bei Albinos führen könnten.

Die Situation wird durch die unzuverlässige Stromversorgung in Nigeria noch verschlimmert. Stromausfälle und Netzabschaltungen sind an der Tagesordnung. Infolgedessen können viele Nigerianer keine Klimaanlage benutzen. Eine alternative Stromversorgung wie mit Diesel und Benzin betriebene, kleine Stromgeneratoren können sich viele Menschen wegen der gestiegenen

Preise für Erdölzeugnisse auch nicht mehr leisten.

Die anhaltende Hitzewelle wirkt sich auch auf die täglichen Geschäfte aus. Comfort Ayila, eine Friseurin in der Stadt Ikeja im Bundesstaat Lagos, hat kaum mehr Arbeit. Ihr Laden, in dem sie normalerweise viele Kunden gleichzeitig betreut, ist jetzt fast leer, weil die Leute die Hitze nicht aushalten.

„So eine Hitze habe ich noch nie erlebt. Es geht von morgens bis abends, und man ist nur am Schwitzen. Alle haben um Regen gebetet, und wenn es nur für eine Stunde ist! Aber selbst wenn es regnet, ist die Hitze in der nächsten Minute wieder da“, klagt sie.

Die Lebensgewohnheiten müssen an die extreme Hitze angepasst werden. Ayila ist nun gezwungen, ihre Garderobe zu ändern und luftigere Kleidung zu tragen. Auch ihre Kunden tragen andere Frisuren. „Das Wetter wirkt sich auf die Frisuren aus. Alle beschwerten sich, dass die Hitze zu groß ist, die Leute haben jetzt lieber kurze Haare. Niemand will lange Haare tragen, aber mit diesen Frisuren verdienen wir Geld“, fügt sie hinzu.

James Oyesola, Vorsitzender des UNEP-Projekts Ecosystem Based Adaptation for Food Security (EBAFOSA), sieht den Klimawandel als Grund für die aktuelle Hitzewelle. Dieser resultiere aus den gestiegenen Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus prognostiziert er, dass Temperaturen von über 30 Grad Celsius die Erträge von Feldfrüchten wie Weizen, Reis und Mais beeinträchtigen werden.

„Eine unzureichende Kontrolle der Flächennutzung und Erschließung, schlechte Entwässerungs- und Abfallentsorgung haben die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf die hohen Temperaturen im Bundesstaat Lagos noch verstärkt“, sagte er.

Im Moment können die Experten den Nigerianern nur raten, zu lernen, mit der Hitze umzugehen. Die Situation beweist, dass der Klimawandel existiert und die Länder mehr tun müssen, um CO₂-Emissionen zu reduzieren.



BIMBOLA OYESOLA
ist Journalistin aus Lagos.

oritokeoyee@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.06.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, Vi.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Sseguyi Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Dürreopfer in Mali.

ihre Temperatur 1,5 Grad stärker als der globale Durchschnitt. In der politisch instabilen Region liegen neun der 30 Länder, die am anfälligsten für die schädlichen Folgen des Klimawandels sind.

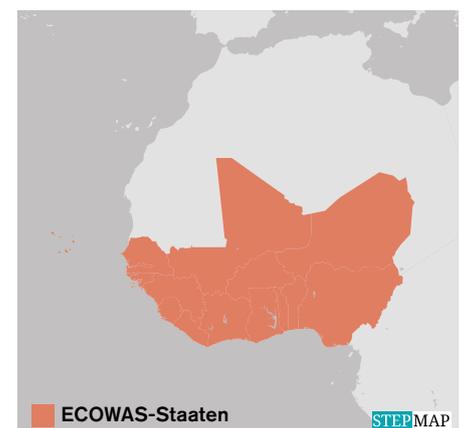
Menschen, die an westafrikanischen Küstenregionen und auf Inseln leben, klagen über die eindringenden Meereswellen und das erodierende Land. Unberechenbare Regenfälle und ausgedehnte Zeitspannen von sengender Hitze stören in vielen Gebieten schwerwiegend die Landwirtschaft. Die Sahelzone am Südrand der Sahara leidet immer wieder unter Dürren. Die Wasserressourcen sind erschöpft.

Nach Schätzungen der Weltbank könnten bis 2050 in ganz Westafrika über 32 Millionen Menschen ihr Heim verlassen müssen. Für eine wachsende Zahl von Gemeinden ist Ernährungssicherheit nicht mehr selbstverständlich. Die multiplen Krisen der Region führen zu politischer Instabilität, Bürgerkriegen und fragilen Staatsstrukturen. Steigende Getreidepreise in Folge des Ukrainekriegs kommen erschwerend hinzu.

In Westafrika leben über 400 Millionen Menschen. Es ist davon auszugehen, dass die Bevölkerung bis 2050 auf eine Milliarde ansteigen wird. Auch darum sind Experten der Meinung, dass sofortige Maßnahmen nötig sind, damit sich die Lage nicht weiter verschlechtert. Es ist notwendig, mit dem Kampf gegen den Klimawandel zu beginnen.



KARIM OKANLA
ist Medienwissenschaftler
und freiberuflicher Autor in
Benin.
karimokanla@yahoo.com



MEHRFACHKRISE

Westafrikas Klimastrategie

Wiederkehrende Dürren, unberechenbare Regenfälle und der Anstieg des Meeresspiegels hinterlassen Spuren in Westafrika. Als Reaktion auf die Klimakrise plant die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States), im nächsten Jahrzehnt rund 280 Milliarden Euro in Klimamaßnahmen zu investieren.

Von Karim Okanla

Im April 2022 hat die ECOWAS eine gemeinsame Strategie verabschiedet, um auf den Klimawandel zu reagieren. Ein jahrelanger Verhandlungsprozess ging voraus, der bei einem zweitägigen Gipfel der 15 Mitgliedsstaaten in der ghanaischen Hauptstadt Accra abgeschlossen wurde. 278 Milliarden Euro an Investitionen sehen die Spitzenpolitiker für die Klimapolitik vor.

Einzelnen haben Mitgliedsstaaten bereits eigene Klimaprogramme gestartet. In Ländern wie Senegal und Ghana laufen verschiedene Projekte mit globaler Unterstützung, um auf die starken Auswirkungen der Klimakrise zu reagieren. Andere Länder müssen ihrerseits Maßnahmen etwa für den Küstenschutz treffen. Die neue Strategie ist ein entscheidender Schritt für regionale Kooperationen.

Die Strategie verfolgt einen breiten Ansatz. Lokale Institutionen, zivilgesellschaftliche Gruppen und die Regierungsbehörden der Mitgliedernationen sollen sich

an Koordination und Umsetzung beteiligen. Das Dokument enthält Ziele für Sektoren wie Transport, Landwirtschaft, Landnutzung, Energie, Wasser und Gesundheit. Die neue Strategie verpflichtet die ECOWAS, mit Unterstützung der EU und anderer internationaler Geberinstitutionen im nächsten Jahrzehnt 278 Milliarden Euro zu investieren. Es wird erwartet, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten einen Großteil des Geldes beisteuern. Die Strategie steht im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen, es ist aber nicht klar, in welchem Umfang die EU die Strategie mitträgt und zur Finanzierung bereit ist.

„Klimawandel überschreitet Grenzen“, sagt Sékou Sangaré, der ECOWAS-Kommissar für Landwirtschaft, Umwelt und Wasserressourcen. Laut ihm spüren alle Mitgliedsländer die zunehmend extremen Wetterbedingungen – mit Folgen wie Fluten, Hitzewellen oder Küstenerosion. „Wir müssen die Lage beurteilen und entsprechend reagieren“, fügt er hinzu.

„Nirgendwo ist mehr Licht, Wärme und Feuchtigkeit als in Westafrika“, schrieb der bekannte britische Umweltschützer David Attenborough vor drei Jahrzehnten in seinem Buch „The Living Planet“. Leider geht es mit der Region bergab. Der afrikanische Kontinent trägt in unverhältnismäßigem Ausmaß die Hauptlast der globalen Erwärmung. Während die ECOWAS-Länder für weniger als zwei Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, steigt



Überflutete Häuser in Louisiana nach Hurrikan Ida.

um 26 Prozent gestiegen. Schwarz gekennzeichnete Gemeinden entlang der Südküste des Atlantiks und des Golfs von Mexiko sind am meisten gefährdet. Wohlstandsgefälle und Segregation spielen eine große Rolle. Arme und benachteiligte Stadtteile haben eine weniger anpassungsfähige Infrastruktur, liegen an unsichereren Orten und erhalten allgemein weniger staatliche Mittel.

Das Amt für Verwaltung und Haushaltswesen schätzt, dass extreme Wetterereignisse die USA jährlich 120 Milliarden Dollar kosten werden – für Katastrophenhilfe an der Küste, Hochwasserversicherung, Ernteversicherung, Krankenversicherung und die Bekämpfung von Waldbränden. Um einen Kostenanstieg zu verhindern, sollten alle staatlichen Stellen dem Klimaschutz und der Klimawandelanpassung Vorrang einräumen.

Leider wird es auf Bundesebene in absehbarer Zeit wahrscheinlich keine Maßnahmen im nötigen Umfang geben. Die vernünftigen politischen Vorschläge von Präsident Joe Biden stecken im Senat fest (siehe meinen Beitrag in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/02). Biden will 44,9 Milliarden Dollar an Bundesmitteln für den Klimaschutz im nächsten Jahr, aber auch das würde nicht reichen. Auch bundesstaatliche und lokale Regierungen müssen handeln.

Reaktionäre Politiker und ihre Verbündeten in konservativen Medien wollen alle glauben machen, Katastrophen seien nichts Besonderes. Teilweise gelingt es ihnen, sie als normal erscheinen zu lassen.

Laut Meinungsumfragen der Universität Yale glauben nicht einmal zwei Drittel der Amerikaner, dass die globale Erwärmung das Wetter beeinflusst. Teil des Problems ist, dass wir extreme Wetterereignisse immer noch als „Naturkatastrophen“ bezeichnen, obwohl sie in Wirklichkeit durch unsere nicht nachhaltigen Gewohnheiten verursacht werden. Deshalb fordern Umweltschützer seit geraumer Zeit eine Änderung der Formulierung.



KATIE CASHMAN
ist Projektkoordinatorin und Mitarbeiterin für Klimapolitik am Minnesota Center for Environmental Advocacy

(MCEA). In E+Z/D+C äußert sie ihre eigenen Ansichten, nicht die von MCEA.
kcashman23@gmail.com

EXTREMWETTER

Katastrophen werden Normalität

Waldbrände, Hitzewellen, Wirbelstürme und Überschwemmungen werden in den USA immer häufiger, gefährlicher und kostenintensiver. Bisher hat die Gesetzgebung nicht viel zu mehr Resilienz beigetragen. Wir sollten nicht mehr von „natürlichen“ Katastrophen sprechen, wenn die Schäden durch den vom Menschen verursachten Klimawandel herrühren.

Von Katie Cashman

Dieses Jahr begann die Waldbrandsaison früh. Bereits im April 2022 zerstörten Waldbrände in New Mexico etwa 200 Häuser, obwohl diese im amerikanischen Westen und Südwesten normalerweise erst ab Mai auftreten. Letztes Jahr endete die Waldbrandsaison spät. Noch im Dezember zerstörten Brände Häuser in der Region Denver-Boulder in Colorado. Nur drei Wintermonate waren frei von Bränden.

2021 verbrannten mehr als 8000 Feuer Millionen Hektar Land. Ein Großteil des amerikanischen Westens leidet unter einer lang anhaltenden Dürre, die Waldbrände wahrscheinlicher macht. Auch Ernteausfälle und kollabierende Ökosysteme sind die Folge. Städte in Kalifornien und Arizona

haben mit schwindenden Wasservorräten zu kämpfen. Der normalerweise kühle pazifische Nordwesten erlebte zudem eine beispiellose Hitzewelle mit Temperaturen bis zu 50 Grad Celsius, was selbst in Pakistan als heiß gilt. In Kanada und den USA starben schätzungsweise 1400 Menschen mehr als normalerweise.

Die Waldbrände betreffen zwar vor allem die westlichen Bundesstaaten, aber ihre Auswirkungen spürt man überall. Der gesamte nordamerikanische Kontinent kann sich auf einen weiteren Sommer mit apokalyptischer Hitze und giftigen Rauch einstellen.

2021 verursachten 47 globale Katastrophen Kosten von mehr als 1 Milliarde Dollar. Fast die Hälfte davon betraf die USA, obwohl das Land nicht besonders anfällig für den Klimawandel ist. Im August traf der Hurrikan Ida Louisiana. Er war 2021 mit 65 Milliarden Dollar Wiederaufbaukosten die teuerste Naturkatastrophe der Welt. Mehr als 100 Menschen starben in den USA und Venezuela. Die diesjährige Hurrikan-Saison soll erneut „überdurchschnittlich“ ausfallen.

Auch Überschwemmungen werden schlimmer. Laut einer neuen Kartierung ist das Überschwemmungsrisiko in den USA

WELTPOLITIK

Strategisch wichtiges Getreide

Wegen des Ukrainekriegs steigen auf dem Weltmarkt die Getreidepreise. Russland hat seine eigenen Exporte eingestellt und blockiert das Schwarze Meer, sodass auch Ausfuhren aus der Ukraine unmöglich sind. Es sieht nicht danach aus, dass Verhandlungen in Istanbul bald Erleichterung bringen werden.

Von Jane Escher

Schon vor dem Krieg war die Ernährungssicherheit vieler Millionen Menschen prekär – und die Inflation der Lebensmittelpreise macht die Lage noch schwieriger. Dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP – World Food Programme) zufolge droht 345 Millionen Menschen in 82 Ländern akuter Hunger.

Der Krieg ist nicht der einzige Grund für Knappheit. Die Coronapandemie hatte sich bereits negativ auf Agrarproduktion und Lieferketten ausgewirkt. Die Klimaerhitzung verursacht obendrein Ernteausfälle wegen extremer Wetterlagen.

Mit Blick auf den Eigenbedarf verhängen Länder zudem Exportstopps. Das treibt auf dem Weltmarkt die Preise weiter in die Höhe – was importabhängigen Ländern große Probleme bereitet.

Über 20 Millionen Tonnen Getreide lagern momentan in ukrainischen Silos und fehlen auf dem Weltmarkt. In der Ukraine kann die aktuelle Ernte nicht eingefahren

und nicht gelagert werden. Das wirkt sich auf die künftige Versorgung weltweit aus, zumal der russische Angriff die landwirtschaftliche Tätigkeit in der Ukraine ohnehin schwer behindert.

Dass Dünger, der vor allem in Russland produziert wird, international teurer geworden ist, beeinträchtigt zudem die Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das gilt ähnlich für steigende Energiepreise.

Den Weltmarkt würden die 20 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine jetzt entlasten, auch wenn das Gesamtproblem damit nicht gelöst wäre. Die Türkei tritt derzeit als Vermittlerin bei Verhandlungen in Istanbul auf. Es geht darum, die Blockade des Schwarzen Meeres zu beenden. Beteiligt sind die Kriegsparteien sowie die UN. Erfolg wäre ein gutes Signal für internationale Zusammenarbeit.

Leider scheint eine Einigung unwahrscheinlich. Dafür gibt es politische und praktische Gründe. Es gibt Vorschläge – wie etwa Geleitschutz durch die britische Marine oder die Durchsuchung von Handelsschiffen durch die türkische Marine. Bislang lehnen entweder Russland oder die Ukraine sie aber ab. Moskau fordert zudem, die Ukraine solle die Häfen entminen. Kiew ist aber dagegen, weil das russische Seeangriffe erleichtern würde. Aus gutem Grund misstraut die Ukraine russischen Versprechen. Sie steht völkerrechtswidrig unter russischem Beschuss.

Eine Räumung würde auch zu lange dauern, um schnell Abhilfe zu schaffen. Außerdem sind es auch nicht die an den Verhandlungen beteiligten Länder, die Getreide ausliefern, sondern Transportunternehmen. Reedereien müssen das Risiko eingehen, in das Kriegsgebiet zu fahren – und ihre Versicherungsprämien steigen. Auch das ist ein Kostenfaktor.

In gewisser Weise ist das aktuelle Problem ein Logistikproblem. Es gibt keine realistische Alternative zur Handelsroute über das Meer. Zwar ist der Landweg zum Beispiel über Polen denkbar, aber die bestehende Infrastruktur reicht nicht, um so viel Getreide mit Lastwagen und Güterzügen zu transportieren. Es gibt zudem bürokratische Hürden an den Grenzen. Ohnehin würden die Wege länger und der Transport teurer.

Zu bezweifeln ist obendrein, dass Moskau überhaupt einen Verhandlungserfolg will. Das Regime von Wladimir Putin stützt sich auf das Narrativ, europäisches Abenteuerum habe zu Verknappung und Preisanstiegen auf dem Weltmarkt geführt. Es macht in seiner Propaganda NATO und die EU für die aktuelle Notlage verantwortlich. Es unterschlägt dabei mehrere Dinge – und zwar, dass es:

- selbst, bislang ein wichtiger Getreideexporteur, solche Lieferungen gestoppt hat,
- ukrainische Ausfuhren verhindert und
- vom Anstieg der Energiepreise profitiert.

Richtig ist allerdings, dass westliche Sanktionen zum Anstieg der Düngerpreise beigetragen haben.

Westliche Regierungen können nicht verhindern, dass Putin Hunger nutzt, um die Weltordnung zu destabilisieren. Sie müssen aber ihr Möglichstes tun, um die Ernährungskrise einzudämmen. Dennis J. Snower vom Kiel Institut für Weltwirtschaft lobt den G7-Gipfel in Elmau für die klare Haltung zur Ukraine, fordert zu Recht aber auch, die Regierungen der größten westlichen Führungsmächte müssten aufmerksam auf Hunger und gefährdete Ernährungssicherheit weltweit reagieren.



JANE ESCHER
ist Volontärin in der
Öffentlichkeitsarbeit von
Engagement Global.
[jane.escher@engagement-](mailto:jane.escher@engagement-global.de)

global.de



Getreidespeicher in Odessa Ende Juni 2022.



SCHWERPUNKT

Informeller Sektor

„Zeitarmut ist wie Einkommensarmut geschlechtsspezifisch. Beide betreffen Frauen stärker.“

SUNDUS SALEEMI, S. 19

„Die Lohnlücke zwischen formellem und informellem Sektor ist beträchtlich.“

OLIVER SCHMIDT, S. 21

„Die meisten Menschen in Afrika haben keine Krankenversicherung.“

BEN EZEAMALU, S. 23

„Subsistenzlandwirtschaft ist der Haupterwerb von etwa 98 Prozent der Bevölkerung in Okere.“

RONALD SSEGUJJA SSEKANDI, S. 25

„Die Klimaerhitzung macht in Niger die informelle Subsistenzlandwirtschaft graduell unmöglich.“

PAOLO CERNUSCI, S. 26

„Mangels Alternative sind viele Menschen nur informell beschäftigt.“

IRIT ITTNER, S. 28

„Eine hohe Zahl der informell Abfallverwertenden ist aus dem benachbarten Afghanistan geflohen.“

IMRAN MUKHTAR, S. 30

„Soziales Kapital und Kultur spielen eine große Rolle bei der Förderung kleiner und informeller Unternehmen.“

IWAN J. AZIS, S. 32



Frauen auf dem Land in Kenia: Wasserholen kann dauern – und möglicherweise ist es nicht trinkbar.

GENDER-BEZIEHUNGEN

Zeitarmut

Ein Motto der europäischen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert lautete: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Ruhe“. Es bezieht sich auf den grundlegenden menschlichen Wunsch nach einem Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit. Heute haben eher Männer eine gute Balance als Frauen.

Von Sundus Saleemi

Menschen streben danach, verschiedene physische und psychische Bedürfnisse zu befriedigen. Nahrung, Unterkunft und Bekleidung sind Grundbedürfnisse – Ruhe, Freizeit und soziale Teilhabe ebenso. Auch Unterhaltung und Hobbys sind wichtig. Für ein gutes Leben braucht es ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Zeit, die man arbeitet, und Zeit, die man für außerberufliche Aktivitäten hat.

Heute ist der Achtstundentag besonders in Ländern mit hohem Einkommen für formell Beschäftigte normal. Die meisten verdienen genug, um davon zu leben. Dies trifft aber nicht auf jene zu, die in unregel-

mäßigen Beschäftigungsverhältnissen oder im informellen Sektor arbeiten. Wenn acht Stunden Arbeit an fünf Tagen in der Woche nicht für die grundlegenden physischen Bedürfnisse reichen, müssen Menschen mehr arbeiten. Sie leiden unter so genannter „Zeitarmut“.

Zeitarmut ist nicht mit der Entscheidung zu verwechseln, für die Karriere Überstunden zu machen. Es ist für manche erstrebenswert, eine Führungsposition zu erreichen oder reich zu werden – aber es ist per Definition kein Grundbedürfnis.

Zeitarmut und Einkommensarmut hängen eng zusammen. Beide prägen informelle Unternehmen, kleinbäuerliche Betriebe und Subsistenzlandwirtschaft. Geringe Produktivität bedeutet meist niedriges Einkommen. Urlaub und Ferien sind Ausnahmen, Arbeitsgesetze gelten nicht oder werden nicht durchgesetzt.

BETROFFENE KINDER

Viele Kinder arbeiten auf Bauernhöfen und in Familienunternehmen in erheblichem

Maße mit. Auch sie leiden unter Zeitarmut – oft mit drastischen Folgen für ihre Bildung. Dies trifft vor allem Mädchen. Für die Emanzipation von Frauen ist ein Schulabschluss aber unverzichtbar.

Zeitarmut ist wie Einkommensarmut geschlechtsspezifisch. Beide betreffen Frauen stärker – vor allem, weil traditionelle Rollen ihnen eine unverhältnismäßig große Last der Hausarbeit zuteilen. Sie gilt als Privatangelegenheit ohne große öffentliche Bedeutung und unterliegt keinen staatlichen Regeln. Oft wird diese Art von Arbeit als „reproduktive Arbeit“, „Heimarbeit“ oder „unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit“ bezeichnet. Dazu zählten:

- Einkauf und Zubereitung von Nahrung,
- Betreuung von Kindern sowie älteren oder kranken Angehörigen,
- Wohnungsputzen und Wäschewaschen sowie
- in armen Haushalten in Entwicklungs- und Schwellenländern das Wasser- und Brennholzholen.

Die Forschung zeigt (Charmes, 2019), dass weltweit mehr als zwei Drittel der unbezahlten Betreuungsarbeit von Frauen geleistet wird. Besonders im globalen Süden sind es deutlich mehr. Dieselbe Studie belegt: Je mehr Zeit eine Frau mit unbezahlter Arbeit verbringt, desto weniger Zeit hat sie für bezahlte Arbeit. Schlechte Infrastruktur

erschwert die Lage zudem, etwa in Haushalten ohne Wasseranschluss.

Je weiter eine Frau laufen muss, um Wasser zu holen, desto mehr Zeit braucht sie. Gibt es in ihrem Haus weder Strom noch Gaskanister, braucht sie zudem Zeit, um Brennholz zu sammeln. In einer informellen Siedlung zu leben, bedeutet also mehr Zeitarbeit, besonders für Frauen.

All das wirkt sich massiv auf Wirtschaft und Entwicklung aus. Wenn ein Mensch viele Stunden wenig produktiv arbeitet, mindert das seine Gesamtproduktivität. Eine Frau etwa, die eine Stunde zum Wasserholen braucht, hat eine Stunde weniger Zeit, um Geld zu verdienen. Auf dem Land und in ungeplanten städtischen Siedlungen wird sie eher einer arbeitsintensiven informellen Arbeit nachgehen und wenig verdienen.

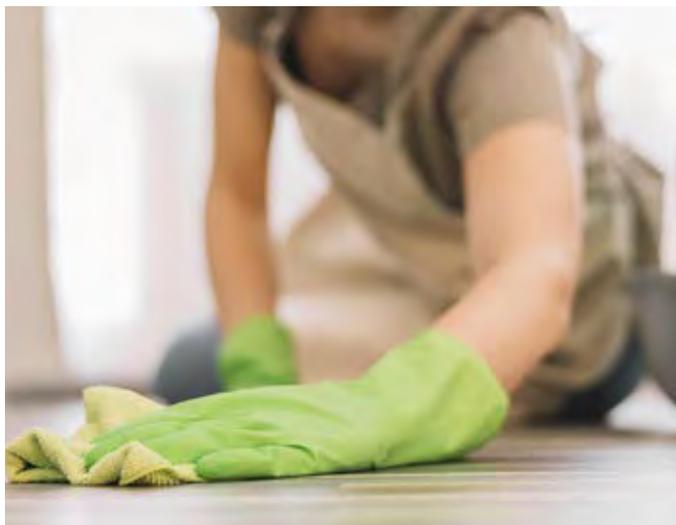
Zunehmender Wohlstand ermöglicht es Haushalten, Staubsauger, Waschmaschinen, Geschirrspüler und andere Geräte zur Entlastung anzuschaffen. Frauen in wohlhabenden Ländern verdanken es solch technischen Errungenschaften, bezahlter formeller Arbeit nachgehen zu können.

Es gibt aber auch einen Bumerang-Effekt: Weil derartige Geräte verfügbar sind, sind auch die Erwartungen höher. So ziehen sich Menschen häufiger saubere Kleidung an als früher, bevor es Waschmaschinen gab. Der Bumerang-Effekt bedeutet mehr Arbeit im Haushalt.

AUSGEBEUTETE HAUSHALTSHILFEN

In Entwicklungsländern verlassen sich reiche Haushalte eher auf bezahlte Haushaltshilfen als auf Haushaltsgeräte. Die Hilfen haben selten formelle Arbeitsverträge, aber es wird von ihnen erwartet, dass sie sehr lange arbeiten. Es ist nicht ungewöhnlich, dass sie morgens das Frühstück vorbereiten und erst gehen dürfen, wenn das Geschirr vom Abendessen gespült ist. Auch minderjährige Mädchen verrichten diese zeitraubende Arbeit.

Hausangestellte verdienen wenig, und sie haben wenig persönliche Autonomie. Meist sind sie ungebildet, einige sind vom Land in die Stadt oder sogar ins Ausland gegangen. Viele der betroffenen Frauen haben keinen Kontakt zu ihren Familien und sind komplett schutzlos. Sexueller Missbrauch ist gang und äbe. Während der Corona-Pandemie verloren viele plötzlich ihre Arbeit und gerieten in große finanzielle Not.



Auch in Deutschland putzen oft illegal Beschäftigte in Haushalten.

Diese Art der informellen Arbeit ist auch in Ländern mit hohem Einkommen üblich. Selbst in Deutschland lassen viele Mittelschichtshaushalte osteuropäische Frauen ohne Papiere bei sich putzen.

Diese Migrantinnen haben meist keinen schriftlichen Vertrag, keinen bezahlten Urlaub und kommen nicht in den Genuss von Sozialleistungen. Viele leben in ständiger Angst, entdeckt zu werden, und trauen sich daher nicht, zur Polizei zu gehen, auch wenn sie betrogen oder anderweitig missbraucht werden.

Zeitarbeit ist nicht nur eine Frage von mangelnder Erholung und Entspannung. Sie prägt das Familienleben. Unter Zeitmangel leidende Frauen in Entwicklungsländern sind oft auf die Unterstützung ihrer Kinder – meist der Töchter – angewiesen, um ihre Aufgaben im Haushalt zu erfüllen. Heranwachsende Mädchen müssen jüngere Geschwister versorgen. Etliche brechen die Schule ohne Abschluss ab. Auch Wasserholen und Brennholzsammeln kann Aufgabe von Jungen und Mädchen sein. Sie haben diese Zeit dann nicht für den Schulbesuch und Schulaufgaben.

Wichtiger ist, dass Wohlergehen und Entwicklung der Kinder von der elterlichen Aufmerksamkeit abhängen. Aufgrund traditioneller Geschlechterrollen wird von Müttern erwartet, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden. Frauen, die unter Zeitarbeit leiden, können eher kein gesundes, nahrhaftes Essen für ihre Kinder zubereiten. Finanzielle Armut verschlimmert das Problem. Auch Hygiene und sanitäre Verhältnisse spielen eine Rolle: Wenn die Mütter keinen angemessenen Standard aufrechter-

halten können, kann es passieren, dass ihre Kinder wiederholt Durchfall, Würmer oder andere Krankheiten bekommen, die ihre Ernährung und damit körperliche und kognitive Entwicklung beeinträchtigen.

Es mangelt aus vielen Gründen an empirischen Untersuchungen über die Auswirkungen mütterlicher Zeitnot auf die Chancen ihrer Kinder. Ein Problem ist, dass unregulierte und nicht registrierte Tätigkeiten generell undokumentiert bleiben. Selbst in wohlhabenden Ländern mit hochentwickelten statistischen Systemen gibt es keine zuverlässigen Daten darüber, wie viele illegale Personen wie viel Hausarbeit für welchen Lohn in Privathaushalten verrichten.

Es ist falsch zu glauben, es gebe kein Problem, nur weil es nicht in Statistiken auftaucht. Einiges spricht dafür, dass mehr geforscht und in Technik und Dienstleistungen investiert werden sollte, die Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern zeitlich entlasten. Auch eine umsichtige Regulierung und Durchsetzung von Gesetzen wäre hilfreich – nicht zuletzt, um tief sitzende Einstellungen zu Geschlechterrollen zu ändern.

LITERATUR

Charmes, J. (2019). *The Unpaid Care Work and the Labour Market*. Geneva: ILO.



SUNDUS SALEEMI
ist Wissenschaftlerin am
Zentrum für
Entwicklungsforschung (ZEF)
der Universität Bonn.

sundus.saleemi@gmail.com



Straßenstand im Südsudan.

ÖKONOMIE

Finanzierung und Fortbildung

In Entwicklungs- und Schwellenländern streben Regierungen danach, Unternehmen aus dem informellen Sektor in den formellen zu überführen. Geberorganisationen haben darauf sowohl positiven als auch negativen Einfluss, wie sich etwa südlich der Sahara in Afrika zeigt.

Von Oliver Schmidt

Die informelle Wirtschaft hat in westlichen Industrieländern wie Deutschland keinen guten Ruf. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sie jenseits von Steuern und sozialen Sicherungssystemen stattfindet. Viele Kritiker setzen das gleich mit einer Schattenwirtschaft, die auf illegale Weise Steuern und Sozialabgaben umgeht. Umgekehrt sehen viele informell Beschäftigte gerade Regie-

rungsinstitutionen und staatliche Strukturen skeptisch.

In den meisten Ländern mit geringen Einkommen sind staatliche Strukturen eher jung, außerdem gehen sie oft auf autoritäre Kolonialherrschaft zurück. Sie wirken deshalb auf viele künstlich – im Gegensatz zu gewachsenen soziokulturellen Gepflogenheiten und Normen. Tatsächlich macht der informelle Sektor laut Weltbank in den aufstrebenden Märkten und Entwicklungsländern etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus – und stellt etwa 70 Prozent der Beschäftigten, von denen sehr viele selbstständig arbeiten (Weltbank 2021).

Intuitiv leuchtet es ein, dass sich die informelle Beschäftigung antizyklisch zur formellen verhält: Schwächelt die formelle Wirtschaft, verlieren Menschen ihre Arbeit.

Daraufhin wenden sie sich dem informellen Sektor zu. Im wirtschaftlichen Aufschwung wechseln hingegen viele aus dem informellen in den formellen Sektor.

Allerdings ist der Zusammenhang vielschichtiger. So kann es vorkommen, dass der informelle Sektor in einem Wirtschaftsaufschwung zusätzliche Wachstumsimpulse gibt. Das ist von Land zu Land unterschiedlich und hängt beispielsweise damit zusammen, wie flexibel formal geregelte Märkte sind oder wie groß der Bedarf an informellen Arbeitskräften ist. Die mit der Covid-Pandemie verbundenen wirtschaftlichen Flauten haben laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) jedenfalls informelle Unternehmen und Beschäftigte besonders hart getroffen.

AUSBEUTUNG UND MAGERER LOHN

Viele Beschäftigte im informellen Sektor leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen. Teils werden sie sogar ausgebeutet oder leben in sklavenähnlichen Zuständen. Die Lohnlücke zwischen formellem

und informellem Sektor ist beträchtlich. Ein wichtiger Grund für den Lohnunterschied ist, dass formelle Unternehmen bis zu zweimal so produktiv sind wie informelle. Das wiederum liegt maßgeblich an einem höheren Bildungsstand, was sowohl für die Beschäftigten als auch die Führungsebene gilt.

Subsahara-Afrika ist weltweit die Region, in der die informelle Wirtschaft den höchsten Anteil an der Wirtschaftsleistung hat – etwa 34 Prozent. (IMF 2020). Selbst wer einer formellen Beschäftigung nachgeht, ist oft zugleich in informelle Aktivitäten involviert – sei es direkt oder über die Familie. Auch in Lateinamerika und Südasiens macht die informelle Wirtschaft einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. In allen genannten Regionen ging der informelle Sektor in den vergangenen Jahrzehnten zurück.

Südlich der Sahara besteht die informelle Wirtschaft vor allem aus Kleinst-, Klein- und mittelgroßen Unternehmen (KKMU). Die meisten Beschäftigten haben keinen Arbeitsvertrag, geschweige denn eine Stellenbeschreibung. Viele werden nicht rechtzeitig oder nicht regelmäßig bezahlt. Welche Aufgaben sie haben, hängt vor allem davon ab, in welcher Beziehung sie zu

den Unternehmerinnen und Unternehmern stehen. Oft sind das Verwandte.

UNTERNEHMEN OFT ERFOLGLOS

Manche dieser informellen Unternehmen sind zwar erfolgreich – aber die meisten überleben nicht lange. Das statistisch zu erfassen, ist naturgemäß schwer. Überhaupt ist das Fehlen aussagekräftiger Daten und Statistiken ein Wesensmerkmal der informellen Wirtschaft. Dennoch lässt sich sagen, dass die meisten KKMU in Subsahara-Afrika keine fünf Jahre überdauern.

Vielen Regierungen in Afrika ist daran gelegen, informelle Unternehmen in den formellen Sektor zu überführen. Sie möchten beispielsweise:

- diese Firmen effizienter unterstützen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen,
- von Steuereinnahmen profitieren und
- die Produktion ökologischer und sozialer gestalten.

Dafür arbeiten die Regierungen mit Geberinstitutionen zusammen. Gemeinsam unterstützen sie die Unternehmen mit Kapitalzuschüssen, Krediten und Fortbildungsmaßnahmen. Dabei verlangen etwa die KfW Entwicklungsbank und die Euro-

päische Investitionsbank immer häufiger von den Finanzinstitutionen, mit denen sie zusammenarbeiten, dass diese ein Managementsystem für ökologische und soziale Risiken einrichten beziehungsweise dass ein Teil der Unterstützungsmittel für die Einrichtung dieser Managementsysteme verwendet wird.

Die Fortbildungsmaßnahmen sprechen diverse Gebiete des Managements an, zum Beispiel Unternehmens- und Investitionsplanung, Finanz- und Personalmanagement sowie Marketing und Vertrieb. Solche Kompetenzen tragen zum Wachstum der Unternehmen bei. Wo sie dagegen fehlen, treten Firmen oft auf der Stelle.

Diese Kompetenzen sind auch gefordert, um Kredite zu erhalten. Denn anerkannte Finanzinstitutionen vergeben häufig nur dann Kredite an Unternehmen, wenn diese ihrerseits über ihre Finanzen berichten können. Die Finanzinstitutionen selbst müssen, wenn sie gegenüber einer Aufsichtsbehörde Rechenschaft ablegen, ihre Gläubiger formell angeben können.

BESSERE FORTBILDUNGEN NÖTIG

Eine Literaturschau zur Wirksamkeit solcher Trainings legt allerdings nahe,

Frauen im informellen Sektor

Von den Schattenseiten der informellen Wirtschaft sind Frauen tendenziell stärker betroffen als Männer. Sie haben häufig einen geringeren Bildungsstand, auch wenn sich beispielsweise in Afrika die Kluft zwischen den Geschlechtern schließt, was Bildung angeht. Vielerorts sind Frauen den Männern gesellschaftlich untergeordnet und genießen nicht dieselbe ökonomische Teilhabe.

Auch im formellen Sektor werden traditionelle Geschlechterrollen weitergeführt. So sind etwa im afrikanischen Finanzsektor die meisten Kreditsachbearbeiter noch immer

Männer. Das Gleiche gilt für Bank- und Mobile-Money-Agenten, etwa in Nigeria – diese neue Form der Ausweitung von Finanzdienstleistungen verbreitet sich in vielen afrikanischen Ländern schnell. Wo Behörden bei der Kreditvergabe nach der Zustimmung von Ehepartner oder -partnerin fragen, wie das in Uganda der Fall ist, sind Frauen benachteiligt. Ihre Ehemänner erlangen so eine oft unangemessene Kontrolle über ihre Finanzangelegenheiten. Andersherum ist das dagegen kaum der Fall.

Solche Beispiele zeigen, dass Ungerechtigkeiten zwi-

schen den Geschlechtern bewusst angegangen werden müssen. Indessen profitieren Frauen aber auch heute schon davon,

dass sich der formale Sektor ausweitet. Häufig tragen sie selbst zu den entsprechenden Veränderungen maßgeblich bei. OS



Frauen sind Männern vielerorts untergeordnet.

dass diese nicht viel bringen (McKenzie und Woodruff, 2014). Das liegt etwa daran, dass die Teilnehmenden zu unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. De facto erschöpft sich dann das Bestreben nach mehr Formalisierung leider oft darin, ein Zertifikat zur Registrierung auszustellen. Manchen Finanzinstitutionen scheint es zudem ganz recht zu sein, wenn sie Unternehmen unter dem Vorwand der fehlenden Formalisierung Kredite verweigern können. Sie investieren oft lieber risikolos in Staatsanleihen.

Je größer die informelle Wirtschaft, desto geringer sind die Steuerquoten, also der Anteil der Steuereinnahmen am BIP. Um dagegen anzugehen, haben viele afrikanische Länder ihre Steuergesetze reformiert. Es fehlt aber an Anreizen, gerechte Besteuerung wirklich umzusetzen – unter anderem, weil es den Regierungen leichter fällt, Geberfinanzierung zu bekommen, als Steuern einzutreiben.

Bei aller Kritik spielen Geberorganisationen aber häufig auch eine positive Rolle, wenn es darum geht, Unternehmen

passende Kredite zu ermöglichen. Beispielsweise schaffen sie für Finanzinstitutionen Anreize, sodass diese auch bewegliche Vermögenswerte als Sicherheiten akzeptieren. Zum anderen helfen sie Finanzinstitutionen dabei, ihr Angebot an Kreditprodukten zu erweitern. Oft handelt es sich dabei um Finanzierungsprodukte, die sich in anderen Märkten bewährt haben, um den KKMU die jeweils benötigten Kredite zur Verfügung zu stellen. Teils drängen sie allerdings auch Finanzinstitutionen zur Kreditvergabe, obwohl diese dazu nicht bereit sind, unter anderem aus den oben genannten Gründen.

Um das Verhältnis von informeller und formeller Wirtschaft positiv zu gestalten, braucht es unterm Strich eine solide makroökonomische Politik, die insbesondere Anreize für den Privatsektor schafft, um zu investieren – insbesondere in Kapitalgüter, in die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eben in Formalisierung. Geberorganisationen sollten ihre Rolle in diesem Gefüge immer wieder aufs Neue reflektieren und gegebenenfalls anpassen.

QUELLEN

IMF, 2020: What is the informal economy?
<https://www.imf.org/Publications/fandd/issues/2020/12/what-is-the-informal-economy-basics>

Weltbank, 2021: The long shadow of informality – challenges and policies. (hg. v. Ohnsorge, F. und Yu, S.), Washington, DC.
<https://www.worldbank.org/en/research/publication/informal-economy>

McKenzie, D., Woodruff, C., 2014: What are we learning from Business Training and entrepreneurship evaluations around the developing world? The World Bank Research Observer, Jahrgang 29, Nr. 1.



OLIVER SCHMIDT
 ist Senior Project Manager und Berater in der Abteilung für Finanzsektorentwicklung bei Agriculture and Finance

Consultants (AFC) mit Sitz in Bonn. AFC gehört zur GOPA-Gruppe für Projektmanagement und Beratung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.
oliver.schmidt@afci.de

TRADITIONELLE MEDIZIN

Unreguliert und unverzichtbar

Eine wissenschaftlich fundierte Gesundheitsversorgung bleibt für viele Menschen in Afrika unerschwinglich. Viele greifen daher auf traditionelle Medizin zurück. Sie funktioniert oft, ist aber auch oft unzureichend.

Von Ben Ezeamalu

Der Zugang zu moderner Gesundheitsversorgung bleibt südlich der Sahara ein großes Problem. Viele Menschen sind schlicht zu arm, um sie leisten zu können. Die meisten afrikanischen Länder haben das Ziel einer umfassenden Gesundheitsversorgung, aber das erscheint leider vielfach noch als utopisch. Zwar sind Leistungen staatlicher Kliniken wegen Subventionen oft günstig oder umsonst – doch diese Einrichtungen sind tendenziell überlaufen. Tatsächlich fließt für Behandlung in öf-

fentlichen Gesundheitszentren oft Bestechungsgeld.

Die meisten Menschen in Afrika haben keine Krankenversicherung. Das Angebot an privaten Versicherungen und staatlicher sozialer Sicherung muss dringend besser werden. Bisher werden die meisten Gesundheitsleistungen privat bezahlt.

In den wenigen afrikanischen Ländern, in denen es nationale Krankenversicherungssysteme gibt, profitiert davon nur eine Minderheit, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) berichtet. Nigeria gehört weltweit zu den Ländern mit den höchsten privaten Gesundheitsausgaben – und den schlechtesten Gesundheitsindikatoren. 2016 wurden hier laut WHO 75 Prozent der Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche bezahlt. In Ghana genießt derweil nur ein Drittel

der Bevölkerung Schutz durch die nationale Krankenversicherung.

In den Städten ist zumindest ein gewisser Zugang zu wissenschaftlich ausgebildetem Fachpersonal gegeben, aber im ländlichen Raum ist die Lage schlechter. Dorfgemeinschaften verlassen sich oft komplett auf traditionelle Medizin. Heilerinnen und Heiler sind leicht erreichbar und vergleichsweise billig. Auch in den Städten ist das so. Allerdings diagnostizieren sie Krankheiten manchmal falsch oder raten zu unwirksamen Behandlungen. Das kann tödlich enden.

Traditionelle Medizin wird auch Ethnomedizin, Volksmedizin, Naturheilkunde oder Komplementär- und Alternativmedizin genannt. Sie basiert auf jahrtausendenalten, meist mündlich überlieferten Erfahrungen. Traditionell Praktizierende sind in Standardsituationen oft sehr kompetent. Sie wissen, wie man mit gebrochenen Knochen umgeht. Traditionelle Hebammen helfen Frauen bei Geburten. Bei Komplikationen stoßen sie aber an Grenzen. Kaiserschnitte zum Beispiel liegen jenseits ihrer Kompetenz.



Heiler kauft auf lokalem Markt Komponenten traditioneller Medizin.

Eine vergleichende Studie in Nigeria hat gezeigt, dass bei traditionellen Hebammen die Mütter- und Kindersterblichkeit höher ausfiel als bei wissenschaftlich fundierter Versorgung. Ähnliche Studien in Niger und Südafrika kamen zu demselben Ergebnis.

Auch spirituelle oder religiöse Heilerinnen und Heiler haben oft Erfolge, die – abgesehen von mentalen Effekten – wissenschaftlich nicht erklärbar sind. Wenn Praktizierende traditioneller Medizin bei schwierigen Fällen aber nicht helfen können, sollten sie Patienten besser an moderne Gesundheitszentren überweisen. Das geschieht leider nur selten. Moderne und traditionelle Medizin existieren ohne nennenswerten Austausch nebeneinander.

Laut einer Studie aus Malawi (Lampiao et al 2019) liegt das nicht an der traditionellen Medizin. Traditionell Heilende zeigten sich demnach in höherem Maß zum Austausch bereit als medizinische Fachleute. Letztere äußerten Vorbehalte gegenüber

traditionellen Praktiken und stellten Vorbedingungen für etwaige Zusammenarbeit. Traditionell Heilende hatten also durchaus Vertrauen in die Kompetenz moderner Fachleute; umgekehrt war das nicht der Fall.

Die Studie bestätigt, dass traditionelle Medizin unter anderem deshalb so beliebt sei, weil Praktizierende in den Dörfern leben und arbeiten. Also entfallen weite Anreisen. Über Kosten und Distanz hinaus gibt es aber noch andere Aspekte. Die Forschung zeigte, dass traditionell Heilende als respektvoller und zugänglicher galten als die wissenschaftlich ausgebildete Konkurrenz. Laut der Studie wendeten sich schätzungsweise 80 Prozent der Menschen in Malawi zur Behandlung an traditionell Praktizierende.

Leider ist das oft unzureichend. 2015 starben laut WHO etwa 1,6 Millionen Menschen in Afrika an Malaria, Tuberkulose und HIV-bedingten Krankheiten. Rechtzeitige Behandlung mit erschwinglichen modernen Medikamenten, Impfstoffen und anderen Gesundheitsleistungen hätte viele Leben gerettet. Tatsächlich erhielten viele Patientinnen und Patienten nie professionelle medizinische Hilfe. Und selbst wenn das der Fall gewesen wäre, wären die verschriebenen Medikamente für viele unerschwinglich gewesen. Mehr als 98 Prozent der in Afrika benötigten Medikamente werden außerhalb des Kontinents hergestellt. Sie sind durchaus teuer. Auch gefälschte Pharmaka sind ein großes Problem.

Die Kräutermedizin ist eine der wichtigsten Formen der traditionellen Heilkun-

de. Sie hat ihren Nutzen, aber auch ihre Grenzen. Typische Probleme sind:

- Die Dosierung ist schwierig, sodass es zu Unter- und Überdosierungen kommen kann.
- Manchmal wird die falsche Pflanze verwendet.
- Giftige Verunreinigungen kommen recht häufig vor.

Es gibt Bemühungen, traditionelle und moderne Medizin besser miteinander zu vereinbaren. In den vergangenen 20 Jahren hat die WHO Geld und Technik bereitgestellt, um die traditionelle Medizin sicher und wirksam weiterzuentwickeln. In klinischen Versuchen erfüllten 89 traditionelle Produkte internationale und nationale Zulassungsanforderungen.

So haben mittlerweile vierzehn Länder die Zulassung für pflanzliche Arzneimittel erteilt. Etwa die Hälfte dieser traditionellen Produkte ist inzwischen auf nationalen Listen für essenzielle Arzneimittel zu finden. Sie spielen eine Rolle bei der Behandlung von Krankheiten wie Malaria, opportunistischen Infektionen im Zusammenhang mit HIV, Diabetes, Sichelzellenanämie und Bluthochdruck.

Jean-Baptiste Nikiema arbeitet für die WHO und hat sich auf essenzielle Arzneimittel spezialisiert. Ihm zufolge bremsen zwei wesentliche Faktoren den Fortschritt bei der wissenschaftlichen Zulassung traditioneller Medizin: politische Einmischung sowie Zurückhaltung bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, für die es keinen Schutz des geistigen Eigentums gibt.

Traditionelle Medizin bleibt in Afrika also weitgehend unreguliert und wird auch nicht von Aufsichtsbehörden überwacht – dem Wohle der Patientinnen und Patienten dient das nicht.

LITERATUR

Lampiao, F., Chisaka, J., und Clements, C., 2019: Communication between traditional medical practitioners and western medical professionals. In: *Frontiers in Sociology* <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8022779/>



BEN EZEAMALU arbeitet als Journalist für die Premium Times in Lagos. ben.ezeamalu@gmail.com Twitter: @callmebenfigo



ENTWICKLUNGSPROJEKT

Wohlstand mit Sheabutter

In Uganda finden viele arme Menschen auf dem Land keine Arbeit. Das Entwicklungsprojekt „Okere City“ arbeitet mit Einheimischen zusammen, die zumeist informellen Beschäftigungen nachgehen. Das Ziel: nachhaltige Einkommensquellen schaffen.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Die Gemeinde Okere im Norden Ugandas hat etwa 5000 Einwohner, mehr als 65 Prozent davon sind Frauen. Die meisten Männer gehen auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Städte. Subsistenzlandwirtschaft ist der Haupterwerb von etwa 98 Prozent der Bevölkerung in Okere. Die Gemeinde hat ab den 1990er-Jahren 20 Jahre unter dem im Norden herrschenden Rebellenkrieg heftig gelitten, sie erlebte viel Gewalt und Zerstörung.

Die meisten Bewohner Okeres bauen traditionell Sheabäume an, aus dessen Früchten Sheabutter gewonnen wird. Diese langlebigen Bäume, die in Afrika heimisch sind und auch Karitébäume genannt werden, wurden teils über viele Generation weitergegeben. Die International Union for Conservation of Nature zählt den Sheabaum zu den Arten, die vom Aussterben bedroht sind. Der Weltmarkt für Sheabutter wird auf über 1 Milliarde Dollar geschätzt. Das Produkt birgt also großes Potenzial.

Ein Sheabaum braucht zwischen acht und 15 Jahren, bis er erstmals geerntet werden kann. Er kann 15 bis 20 Kilo frische Früchte tragen, die drei bis vier Kilo trockene Kerne ergeben. Die Kerne bestehen fast zur Hälfte aus Fett, aus dem wiederum Sheabutter hergestellt wird. Im Westen wird sie vor allem in Kosmetika verwendet, in Afrika wird sie auch gegessen.

Ojok Okello, der Gründer von Okere City, ist sich der Bedeutung und der Verbundenheit der Menschen in Okere mit dem

Sheabaum bewusst und hat eine Vision für das Produkt entwickelt. „Wenn die Saison für die Ernte der Sheafrüchte gekommen ist, sammeln die Haushalte die Nüsse und stellen Sheabutter her, durch die sie ein Einkommen erzielen“, sagt Okello.

Er ist der Meinung, dass der Sheabaum der „Motor für den sozioökonomischen Wandel“ ist. Deshalb hat er ein Unternehmen aufgebaut, das sich mit der Wertschöpfung und der Verarbeitung der Kariténuss beschäftigt. Zu Beginn des Projekts 2019 hat Okello einen Teil seines eigenen Geldes investiert. Aber jetzt erwirtschaftet das Dorf bereits Einnahmen.

Um die Menschen vor Ort besser zu organisieren, hat Okere eine Genossenschaft für Sheabauern gegründet. Derzeit hat die Genossenschaft 100 Mitglieder – die



Ernte von Sheafrüchten in Okere City.

Informelle Arbeit in Uganda

Viele Entwicklungsländer wie Uganda haben Schwierigkeiten, genügend Arbeitsplätze für ihre Bevölkerung zu schaffen. Es gibt eine große Zahl von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die gern arbeiten möchten. Hier bietet der informelle Sektor die Möglichkeit,

ein kleines Einkommen zu erwirtschaften.

Wirtschaftswissenschaftler gingen früher davon aus, dass die informelle Wirtschaft in den Entwicklungsländern „zeitlich begrenzt“ sei und verschwinden würde, sobald das Wirtschaftswachstum zu einer

gewissen Industrialisierung geführt habe. Das war nicht der Fall. Vielerorts hat der informelle Sektor weiter zugenommen. Durch die Covid-19-Pandemie hat er sogar noch an Bedeutung gewonnen, da viele ihre Arbeit verloren haben.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) trägt der informelle Sektor in Uganda zu mehr als 50 Prozent zur Wirtschaftsleis-

tung bei und beherbergt mehr als 80 Prozent der Arbeitsplätze des Landes. Dort arbeiten vor allem jene, die am stärksten von Armut bedroht sind, darunter Frauen. In einem UNDP-Bericht vom Juni 2020 wird vorausgesagt, dass aufgrund der Corona-Krise und der zunehmenden Ungleichheit „etwa 4,4 Millionen Beschäftigte im informellen Sektor Ugandas in extreme Armut fallen werden“. RSS

meisten davon Frauen –, die Ersparnisse sammeln und wiederum Kredite aus dem gemeinsamen Topf auszahlen. Auf diese Weise erhalten die Bäuerinnen und Bauern Zugang zu den Finanzmitteln, die sie benötigen, um ihr Geschäft voranzubringen, zum Beispiel für den Kauf von Düngemitteln oder die Verbesserung der Lager.

Neben der Landwirtschaft entwickelt Okere City auch andere Bereiche weiter. Vor Beginn des Projekts hatten mehr als 70 Prozent der Erwachsenen der Gemeinde keine Grundschulbildung. Dank eines laufenden Programms zur Erwachsenenbildung verbessert sich die Situation. Das Projekt kümmert sich auch darum, dass alle Kinder die Grundschule besuchen. „Okere City bietet unseren Kindern die beste Ausbildung hier im Dorf, ohne dass wir unsere Kinder in die Stadt bringen müssen. Das gibt mir die Zuversicht, dass unsere Kinder eine bessere Zukunft haben werden“, sagt Eunice Apio, das Oberhaupt einer lokalen Ethnie.

Außerdem wurde eine Gesundheits-einrichtung aufgebaut, um die medizinische Versorgung der Gemeinde zu verbes-

sern. Sie arbeitet auf flexibler Basis, sodass die Einwohner ihre Arztrechnungen während der Erntesaison begleichen können, wenn sie Geld haben. Okello berichtet, dass durchschnittlich 25 Patienten pro Tag kommen. Zudem gibt es einen Boxclub, der Jugendlichen die Möglichkeit bietet, ihre Energie in den Sport zu stecken.

Die Gemeinde Okere ist stolz auf ihr reiches kulturelles Erbe. Im Rahmen des Okere City-Projekts gibt es kommerzielle traditionelle Tanzveranstaltungen für Besucher und Touristen. Auf diese Weise können einheimische Kulturschaffende ein Einkommen aus der wachsenden Zahl von Besuchern erwirtschaften. „Seit 2019 versorgt unser Projekt, bestehend aus 20 Sozialunternehmen und Gemeinschaftsprojekten, 5000 Menschen mit Dienstleistungen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Tourismus und Finanzen“, erklärt Okello.

Kundinnen wie Shamim Nirere, eine begeisterte Käuferin des Kosmetikprodukts, sind von der Qualität der Sheabutter von Okere begeistert. „Sie ist bei Weitem

die beste Feuchtigkeitscreme, die ich je benutzt habe. Außerdem ist die Geschichte hinter den Frauen, die die Nüsse sammeln, inspirierend. Der Gedanke, dass beim Kauf einer Dose Okere-Sheabutter zumindest ein Teil des Geldes diesen Frauen und der Gemeinschaft zugutekommt, freut mich“, sagt sie.

Die große Vision von Okere City ist es, ein Dorf ohne Armut zu schaffen, in dem jeder in Würde lebt. Gründer Okello strebt an, bis 2030 alle 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen, sodass Okere ein komplett nachhaltiges Dorf wird.

LINK

Okere City:

<https://www.okerecity.org/>



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

ist ein Autor aus Uganda und bearbeitet die E+Z/D+C Nowadays-Kolumne.

sekandiron@gmail.com

SAHELZONE

Leiden ohne Schuld

Länder mit hohen CO₂-Emissionen haben eine Verantwortung gegenüber Ländern mit niedrigen Emissionen. Zum Beispiel müssen sie Niger helfen, resilienter zu werden und Ernährungsunsicherheit zu bewältigen. Am südlichen Rand der Sahara-Wüste wird informelle Subsistenzwirtschaft zunehmend unrentabel.

Von Paolo Cernuschi

Niger ist durch die Erderwärmung extremen Belastungen ausgesetzt. Die Temperaturen steigen hier 1,5-mal schneller an als im globalen Durchschnitt. Zwar trägt das Land weniger als 0,1 Prozent zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei, aber das schützt nicht vor wetterbedingten Katastrophen wie Dürren und zunehmend unregelmäßigen Niederschlägen. Die Sahara dehnt sich lang-

sam nach Süden aus. Derzeit leiden rund 4,4 Millionen Menschen in Niger – etwa ein Fünftel der Bevölkerung – unter Ernährungsunsicherheit. Das sind doppelt so viele wie im vergangenen Jahr.

Die russische Invasion in der Ukraine hat die Lage noch verschlimmert. Die Preise für Lebensmittel und Brennstoffe steigen rasant. Hinzu kommt, dass Niger eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten der Welt hat. Der nigrische Agrarsektor muss effizienter werden, um mit der steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln Schritt zu halten. Wegen der zunehmenden Instabilität produziert Niger jedoch nicht mehr, sondern weniger Nahrungsmittel.

Das eigentliche Problem ist: Die Klimaerwärmung macht in Niger die informelle Subsistenzlandwirtschaft, von der die meisten Menschen abhängig sind, graduell

unmöglich. Das gilt für Weidewirtschaft wie Ackerbau. Knapp 90 Prozent der Menschen leben in ländlichen Gebieten und sind auf regenbewässertes Land und Nutzpflanzen angewiesen.

Der Zugang zu Trinkwasser und Ackerland wird immer knapper. Gleichzeitig steigt die Nachfrage. Der Klimawandel und das schnelle Bevölkerungswachstum verschärfen Konflikte um natürliche Ressourcen. Lokale Spannungen können interkommunale Konflikte auslösen. Die Folgen sind bewaffnete Konflikte, Vertreibung der Bevölkerung sowie schlechterer Zugang zu Ackerland. Landwirtschaftliche Zyklen werden unterbrochen, was potenziell die Produktivität künftiger Zyklen senkt. Eine schlechte Saison wirkt sich auf die folgenden Saisonen hinaus aus und führt zu langanhaltender Ernährungsunsicherheit, die durch weitere Klimaschocks noch verstärkt werden kann. Anderswo ist die Situation ähnlich – etwa am Horn von Afrika.

In den vergangenen 50 Jahren ist die Fläche des Tschadsees, der an Niger, Nigeria, Tschad und Kamerun grenzt, um



Hirte in Niger.

90 Prozent geschrumpft. Die Gebiete um den See sind durch Auseinandersetzungen geplagt. Beobachter sprechen vom Tschadseebecken-Konflikt. Allein in Niger gibt es 313000 Binnenvertriebene, das Land selbst nahm wiederum 234000 Geflüchtete auf. Die Versorgung dieser Menschen belastet Nigers Politik, Wirtschaft und Infrastruktur zusätzlich.

Forschende erwarten, dass die Temperaturen in Niger bis 2030 um ein weiteres Grad steigen werden, bis 2050 sogar um 3 Grad. Die natürlichen Ressourcen werden dadurch noch begrenzter, was die Konflikt-dynamik weiter anheizt.



In diesem Sommer werden voraussichtlich fast 41 Millionen westafrikanische Menschen nicht genug Nahrung haben, davon 4,4 Millionen – mehr als 10 Prozent – in Niger. Bis April hatten die nigrische Regierung und die internationale Gemeinschaft Mittel mobilisiert, um 3,3 Millionen Menschen zu helfen. Über 1 Million weitere Menschen brauchen jedoch humanitäre Hilfe. Wenn keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, ist eine massive Vertreibung wahrscheinlich. Internationale humanitäre Organisationen wie das International Rescue Committee (IRC) stocken ihre Hilfe auf. Aber auch Länder mit hohem Einkommen müssen sich engagieren.

RESILIENZ STÄRKEN

Ein staatliches soziales Sicherheitssystem gibt es in Niger kaum. Die armen Dorfgemeinschaften müssen auf ihre eigenen Ressourcen zurückgreifen. Langfristige Investitionen in die Gesundheit und die Stärkung der Rolle der Frau sind notwendig. Eine aktuelle IRC-Studie hat gezeigt, dass entsprechende Maßnahmen die Unter- und Mangelernährung drastisch reduzieren könnten. Selbst einfache Dinge wie die Aufklärung

werdender Mütter über das Stillen machen einen Unterschied, wie es IRC zum Beispiel in der Region Tillabéri mit Unterstützung der Deutschen Postcode Lotterie macht.

Es muss noch viel mehr passieren. Die Wirtschaft muss diversifiziert und eine klimaresistente Infrastruktur aufgebaut werden, um die Gemeinden auf die Klimawandelfolgen vorzubereiten. Dazu gehören Investitionen in produktive Infrastruktur, um weniger abhängig von der regenbewässerten Landwirtschaft zu sein, und die Förderung einer nachhaltigen Pflanzen-, Vieh- und Landbewirtschaftung. Aus eigener Kraft hat Niger weder die Kapazitäten noch die Mittel, um dem Teufelskreis aus sich verschärfenden Ressourcenkonflikten und Ernährungsunsicherheit zu entkommen.

Und Länder mit einem hohen CO₂-Ausstoß müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Der Europäische Green Deal weist in die richtige Richtung – die Umsetzung muss nun schnell folgen.



PAOLO CERNUSCHI
ist Landesdirektor von
International Rescue
Committee (IRC) in Niger.
IRCDeutschland@rescue.org

AFRIKA

Informelle Märkte unter Druck

In den wachsenden urbanen Zentren Afrikas arbeiten viele Menschen im informellen Sektor. Doch die Beschäftigungsverhältnisse sind prekär – auch weil Raum knapp ist, wie sich am Beispiel von Abidjan in Côte d'Ivoire zeigt.

Von Irit Ittner

Informelle Arbeit trägt maßgeblich zum Einkommen der Menschen in afrikanischen Städten bei. Das liegt zum einen am Mangel an formellen Arbeitsplätzen und zum anderen daran, dass viele die Einstellungsbedingungen für reguläre Stellen nicht erfüllen. Die soziale Ausgangsposition spielt eine wesentliche Rolle: Menschen ohne Bildungsabschluss oder Meldepapiere haben kaum Chancen auf einen rechtlich gesicherten Arbeitsvertrag.

Sie gehen deshalb oft unfreiwillig informelle Arbeitsverhältnisse ein, indem sie etwa mündliche Verträge abschließen oder sich als Tagelöhner verdingen. Teils sind sie bei offiziell gemeldeten Unternehmen informell beschäftigt. Teils handelt es sich aber auch um informelle Unternehmen, etwa weil zu wenig Kapital vorhanden ist, um gesetzliche Auflagen für eine Registrierung erfüllen zu können.

Der informelle Sektor ermöglicht Beschäftigten einen relativ leichten Zugang zu Arbeit und hohe Flexibilität. Allerdings fehlt ihnen der Zugang zu sozialer Absicherung, Zusatzleistungen, Gewerkschaften und anderen arbeitspolitischen Errungenschaften. Viele informell Angestellte hoffen deshalb, mit der Zeit den Sprung in den formellen Arbeitsmarkt zu schaffen, der ihnen mehr Sicherheit und auch höhere Einkommen verspricht. Gleiches gilt für informelle Unternehmerinnen und Unternehmer.

In afrikanischen Städten lassen sich Aktivitäten im öffentlichen Raum oft nicht eindeutig dem formellen oder informellen Sektor zuordnen. Das gilt beispielsweise auch für den Wohnungsmarkt (siehe meinen Beitrag in der E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 12/2021). Klar ist: Obgleich informell Beschäftigte oft wichtige Leistun-

gen für die Gesellschaft erbringen, leiden sie unter den negativen Auswirkungen ihres Status. Das zeigt sich beispielsweise in Abidjan, der Küstenmetropole der Côte d'Ivoire.

„STÄDTISCHE UNORDNUNG“

In Abidjan gehen Teile der Stadtverwaltung und der Distriktregierung seit mehreren Jahren verstärkt gegen spontan entstandene Märkte und nicht gemeldeten Straßenhandel vor. Sie ließen bereits informelle Geschäfte entlang ganzer Straßenzüge abreißen. Auch in vielen anderen westafrikanischen Städten sanktionieren Behörden das, was sie als „städtische Unordnung“ oder „Verstopfung“ bezeichnen. Sie interpretieren die Aneignung öffentlicher Grünanlagen, Plätze und Brachen durch informelle

Kleingewerbe als anarchische Bedrohung der staatlichen Obrigkeit und als Angriff auf die öffentliche Ordnung.

Die Gewerbetreibenden sehen das anders. Aus ihrer Sicht nutzen sie öffentliche oder brachliegende Räume in der Stadt, um auf ehrliche Weise ihr Einkommen zu verdienen, etwa mit Straßenhandel oder Handwerk. Ihre Kleingewerbe sind zwar nicht angemeldet, sie zahlen aber häufig Marktsteuern oder Gebühren, die das Personal der Stadtverwaltung vor Ort eintreibt.

Auf informellen Märkten kommt es häufig zu Bränden. Manche Gewerbetreibende vermuten, dies geschehe, um ihre Arbeitsorte zu zerstören oder einen Anlass für eine Räumung zu schaffen. In neue, offiziell gebaute Markthallen oder Ladenzeilen umziehen können nur wenige von ihnen, weil die finanziellen Zugangshürden hoch sind.

Ist ein informeller Markt erst einmal geräumt, wird die Stelle teils im Rahmen der offiziellen Stadtentwicklung bebaut, teils auch abgesperrt oder zu umzäunten Grünanlagen umfunktioniert. Damit sind diese Orte für die gewerbliche Nutzung verloren.



Laden für den täglichen Bedarf in Abidjan.

Foto: Irit Ittner

Trotz besseren Wissens und langer Erfahrung geht die Stadtplanung nicht auf die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden ein und richtet keine geeigneten Orte für deren Aktivitäten im öffentlichen Raum ein. Dabei würde es den Gewerbetreibenden und ihren Beschäftigten oft schon helfen, wenn repressive Maßnahmen gegen sie unterblieben und wenn die Verantwortlichen verlässliche Übergangsregelungen zur Nutzung von öffentlichen Räumen schaffen würden.

In Abidjan und anderswo zeigt sich, dass Arbeitsverhältnisse nicht nur durch ihren rechtlichen Status und den Grad der sozialen Absicherung bestimmt werden – auch wenn beide Faktoren wesentlich zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen können. Mangels Alternative sind viele Menschen nur informell beschäftigt. Solange das so bleibt, spielen geeignete Orte für das informelle Gewerbe in der Stadt eine wichtige Rolle. Der Handlungsbedarf ist groß: Die Urbanisierung in Afrika nimmt zu, sodass die

knappe Ressource Raum auch in Zukunft ein hohes Konfliktpotenzial bergen wird.



IRIT ITTNER
arbeitet am Geographischen
Institut der Universität Bonn
sowie am German Institute of
Development and

Sustainability (IDOS). Sie forscht seit 2017 in Abidjan. Ihre Studie wurde von der Fritz Thyssen Stiftung finanziert (10.20.2.003EL). irit.ittner@idos-research.de

Informelle urbane Landwirtschaft

Zu den zahlreichen Branchen mit informellen Arbeitsverhältnissen in afrikanischen Städten gehört die gewerbliche urbane Landwirtschaft. Im Süden Abidjans, zwischen der Ebrié-Lagune und dem Atlantischen Ozean, liegen Sumpfböden. Deren Böden sind nicht sehr fruchtbar. Sie werden dennoch seit den 1950er-Jahren für den Anbau von Gemüse und zum Gartenbau genutzt, weil sie sich aufgrund des hohen Grundwasserspiegels gut bewässern lassen.

Ein großer Teil der so genutzten Flächen ist seit den 1970er-Jahren von der Stadtplanung ausgenommen. Die ivoirische Regierung hält sie als öffentliches Land für eine Erweiterung des internationalen Flughafens von Abidjan vor. Es ist nicht möglich, dort auf rechtlich gesichertem Weg Grundstücke zu erwerben. Der Flughafenbetreiber toleriert die landwirtschaftliche Nutzung auf dem designierten Flughafenland.

Es sind vor allem junge Männer mit geringem Bildungsstand, die als Selbstständige auf den Gemüsefeldern und als Familienmitglieder in den Gartenbaubetrieben arbeiten. Die Frauen kümmern

sich vor allem um den Verkauf der Produkte. Von den jungen Männern sind viele in Abidjan aufgewachsen, nachdem ihre Familien vor mehreren Jahrzehnten aus den Nachbarländern der Côte d'Ivoire einwanderten. Oft finden sie auf dem formellen Arbeitsmarkt keine Anstellung.

In der urbanen Landwirtschaft dagegen sind die Zugangshürden niedrig, und es besteht die Möglichkeit, sich ein Stück Land informell anzueignen oder sich für eine Anbausaison eine Parzelle informell zu pachten. Gemüsebauern und -bäuerinnen können die eigene Arbeit selbstbestimmt organisieren und erwerben im Lauf der Zeit gärtnerische Erfahrung und Fachwissen. Sie leisten wichtige Arbeit, indem sie die Stadt mit frischen, lokalen Nahrungsmitteln versorgen.

Ihre Arbeitssituation ist allerdings prekär. Erstens fehlt es an sozialer Absicherung, etwa gegen Einkommensverluste im Krankheitsfall. Zweitens hängt ihr Einkommen direkt von der Produktivität ihrer Parzellen ab, sodass sie Ernteverluste hart treffen können. Drittens müssen sie um die

Grundlage ihrer Arbeit fürchten, den Boden: Er kann ihnen zum einen durch die Ausbreitung spontaner Siedlungen geraubt werden. Zum anderen können der Flughafenbetreiber und der Staat die landwirtschaftlichen Flächen jederzeit zurückfordern.

Aus diesen Gründen bauen die jungen Gemüsebauern vor allem Sorten mit kurzen Wachstumszyklen an, die sie mehrmals pro Saison ernten können. Sie setzen dazu reichlich Kunstdünger und Pestizide ein. Unter diesen Umständen ist es kaum möglich, die Flächen nachhaltig zu bewirtschaften und gesündere Lebensmittel zu produzieren. Die prekäre Lage der Flächen hat auch verhindert, dass sich Kooperativen bilden. Diese fungieren in anderen Teilen der Stadt als Ansprechpartner für landwirtschaftliche Unterstützungs- oder Weiterbildungsprogramme.



Auf dem öffentlichen Land in der Nähe des Flughafens befinden sich auch mehr als 100 Gartenbaubetriebe, gegründet vor 40 bis 50 Jahren von Einwanderinnen und Einwandern aus den Nachbarländern der Côte d'Ivoire. Sie produzieren Zierpflanzen für private Gärten, öffentliche Grünflächen und Gewerbeflächen und bieten hunderten Menschen Arbeit, ebenfalls meist Männern. Wie viele dieser Arbeitsverhältnisse informell sind, ist schwer zu sagen, da dies jeder Familienbetrieb auf seine Art geregelt hat. Es ist aber davon auszugehen, dass bei weitem nicht alle Gärtnerinnen und Gärtner formell beschäftigt sind.

Die Eigentümerinnen und Eigentümer der Gartenbaubetriebe sorgen sich um ihre Zukunft: Auch ihre Grundstücke könnten eines Tages geräumt werden, um den Flughafen zu erweitern. Auf Ausgleichsflächen in der Stadt können sie kaum hoffen, da sich Abidjan räumlich immer weiter verdichtet. Um sich Gehör zu verschaffen, haben sich die Eigentümer der Gartenbaubetriebe organisiert und einen Rat ins Leben gerufen, der ihre Interessen nach außen vertritt – insbesondere auch gegenüber dem Flughafenbetreiber und der Stadt.



Vater und Tochter beim Müllsammeln.

UMWELT

Müllsammeln als Lebensunterhalt

Formell registrierte Institutionen entsorgen in Pakistan nur etwa 50 Prozent der Siedlungsabfälle. Die andere Hälfte übernehmen informell Erwerbstätige. Sie verdienen ihr Geld mit Sammeln, Sortieren und Weiterverkaufen von Weiterverwertbarem. Ihre Arbeit ist ökologisch wertvoll, gefährdet aber oft ihre eigene Gesundheit.

Von Imran Mukhtar

Am Morgen läuft Khushhal Khan mit seinen minderjährigen Kindern zu Fuß eine Stunde in die Innenstadt von Islamabad, um in wohlhabenden Wohngebieten Abfälle zu sammeln. Zusammen mit seiner 13-jährigen Tochter durchkämmt er die Container der städtischen Müllabfuhr. Sie sammeln Plastikflaschen, Papiere, Kartons und andere verwertbare Dinge in einer großen Tasche. Zeitgleich durchsuchen Khans Söhne, neun und zehn Jahre alt, in Nachbarstraßen Container und tragen so zum Lebensunterhalt bei. Kinderarbeit ist im informellen Sektor üblich und wird von den Behörden geduldet.

Typischerweise haben die Menschen, die diese ökologisch nötige Arbeit leisten, keinerlei Schutzkleidung. Oft laufen Kinder

barfuß über Müllhalden. Ganze Familien sind Gesundheitsrisiken ausgesetzt, die sie kaum einschätzen können.

In den Städten gleichen viele Freiflächen und Flussufer Müllhalden, und es gibt auch viele ungeplant entstandene Deponien. Die Lage wäre schlimmer, würden nicht arme Familien erhebliche Anteile sammeln und verwerten. Auch von Lebensmittelmärkten „verschwinden“ organische Abfälle auf diese Weise. Selbst auf kommunalen Deponien suchen Menschen nach Wertstoffen, was die Kapazität der Anlagen entlastet.

Aus Sicht von Ahmad Rafay Alam, einem auf Umweltrecht spezialisierten Anwalt, ist die informell organisierte Müllverwertung sehr nützlich: „Eine große Menge an Materialien wie Metall, Glas, Papier und Plastik werden so aus der Umwelt entfernt.“

Khan und seine Kinder arbeiten den ganzen Tag. Am späten Nachmittag trennen sie den gesammelten Müll und verteilen ihn auf unterschiedliche Beutel. Auch organischen Müll – übrig gebliebenes Essen und Küchenabfälle – verwerten sie. Sie brauchen Futter für ihre drei Kühe. „Sie produzieren nicht nur Milch für meine Familie“, sagt Khan, „ich verkaufe auch Milch auf dem Markt.“

Mit dem Verkauf von anorganischen Wertstoffen verdient er laut eigenen Angaben durchschnittlich nur 500 pakistanische Rupien (ungerechnet ungefähr 2,30 Euro) pro Tag. „Das Einkommen ist zu niedrig, um über die Runden zu kommen“, resümiert er. Er schimpft, Angestellte der kommunalen Müllentsorgung behielten die wertvollsten Materialien und verdienten damit neben ihrem Monatslohn Geld. „Ich habe aber keine andere Wahl, als dieser Arbeit nachzugehen, weil ich Analphabet bin“, so Khan. Er wolle aber lieber hart arbeiten als betteln.

Einer aktuellen Studie der multilateralen Asiatischen Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) zufolge generiert Pakistan jährlich 30 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle („municipal waste“), von denen formelle Institutionen etwa 50 Prozent entsorgen. Entsprechend spielt der informelle Sektor eine wichtige Rolle dabei, organische und anorganische Abfälle aus der Umwelt zu entfernen und dem Wirtschaftskreislauf wieder zuzuführen. Die ADB-Autoren beklagen den Mangel an zuverlässigen Daten, schätzen aber, dass aus dem Müll „mehr als 80 Prozent der Wertstoffe (Papier, Plastik, Glas, Metall und Gummi) vor der Deponierung von informellen Erwerbstätigen herausgeholt werden“.

Bekannt ist auch, dass eine hohe Zahl der informell Abfallverwertenden aus dem benachbarten Afghanistan geflohen ist. Seit Jahrzehnten leben Geflüchtete in Pakistan. Sie wohnen in offiziellen Lagern und städtischen Slums. Ihre Einkommen sind niedrig und reichen meist nicht. Die Khans sind Binnenvertriebene aus der Provinz Khyber Pakhtunkhwa an der afghanischen Grenze, die in den vergangenen Jahrzehnten von massiver politischer Gewalt gekennzeichnet war. Sie leben in einem informellen Lager in Islamabad, wo sich auch viele Menschen aus Afghanistan eingerichtet haben.

KOMPLEXE LIEFERKETTEN

Es gibt komplexe Lieferketten für Altpapier, Altmetalle und Lumpen. Auch der Zwischenhandel ist weitgehend amtlich nicht erfasst. Zeeshan Ali ist Zwischenhändler und wird von Leuten wie Khan und seinen Kindern beliefert. Ali hat einen Laden in der Innenstadt, wo er Kunden empfängt und den angekauften Müll weiter sortiert.

Er schätzt seine Tageseinnahmen auf durchschnittlich 1500 pakistanische Rupien

en (sieben Euro) und klagt, er komme damit kaum auf seine Kosten. Zudem sei sein Geschäft risikoreich. „Was wir kaufen, könnte auch gestohlen sein“, erzählt Ali. „Wir werden jedes Mal von der Polizei befragt, wenn ein Diebstahl in dem Gebiet gemeldet wird.“

Dennoch würde Ali sein Geschäft gern vergrößern. Dafür bräuchte er aber Platz und Geld für Investitionen. Beides fehlt ihm. Die Gewinnmargen sind gering, und die volkswirtschaftliche Lage ist schwierig. Die Inflation macht kleinen Betrieben – ob formell oder informell – schwer zu schaffen. Pakistan steht vor einer Staatspleite, und die neue Regierung verhandelt derzeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein 6-Milliarden-Dollar-Kreditprogramm.

Den Wert der informellen Abfallentsorgung erkannte 2020 auch ein Aufsatz in der wissenschaftlichen Zeitschrift Journal of Cleaner Production (Yousafzai et al.). Vorteile gebe es für Lebensmittelsicherheit, Gesundheitswesen und Umwelt. Zugleich hält die Studie fest, die informell tätigen Menschen hätten kein Verständnis davon, was sie zum gesellschaftlichen Leben beitragen.



„Eine enorme Mehrheit von 99 Prozent tut so, als gebe es sie gar nicht. Sie haben dualistische Identitäten.“ Viele seien zudem wegen ihres Fluchthintergrunds stigmatisiert.

Für diejenigen, die sich so ihr Geld verdienen, gibt es drei riesige Nachteile – die niedrigen Einkommen, den fehlenden Arbeitsschutz und die mangelnde soziale Sicherung. Sie sind Wind und Wetter – und diversen Schadstoffen – ausgesetzt. Die Hygienebedingungen sind sehr schlecht. Im Krankheitsfall sind sie auf ihre Familien angewiesen.

Sie leben in Armut und werden verachtet, obwohl ihre Arbeit in hohem Maße

Umwelt und Gesellschaft dient. „Unsere Städte profitieren von diesen ungesesehenen Helden, aber sie bekommen nichts zurück“, urteilt Umwelthanwalt Alam.

LINKS

ADB, 2022: Solid waste management sector in Pakistan: A reform road map for policy makers. Manila, Asian Development Bank.

<https://www.adb.org/sites/default/files/publication/784421/solid-waste-management-pakistan-road-map.pdf>

Yousafzai, M. T., Nawaz, M., Chunlin, X., Sang-Bing, T. und Chien-Hung, L., 2020: Sustainability of waste picker sustainpreneurs in Pakistan's informal solid waste management system for cleaner production. In: Journal of Cleaner Production, Vol. 267.

<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0959652620319600>



IMRAN MUKHTAR ist Journalist in Islamabad.

imranmukhtar@live.com
Twitter: @imranmukhtar

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



RELEVANTE LEKTÜRE

„Soziales Kapital darf nicht vernachlässigt werden“

Um kleine Unternehmen zu fördern, ist soziale Infrastruktur wichtiger als harte Infrastruktur, sagt der renommierte indonesische Ökonom Iwan Azis.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Ihr neues Buch „Periphery and small ones matter“ handelt davon, wie die Ungleichheit in Indonesien zu überwinden ist. Was ist falsch an herkömmlicher Entwicklungsökonomie?

Wenn Weltbank, Internationaler Währungsfonds und andere sich mit Ungleichheit befassen, schauen sie insbesondere auf Einkommensungleichheit – aber sie beachten zu wenig die Gründe dafür. Damit übersehen sie zwei wichtige Arten von Ungleichheit: Erstens variieren Durchschnittseinkommen in verschiedenen Regionen enorm. Und zweitens unterscheiden sich die Einkommen in großen und kleinen Unternehmen wesentlich voneinander. Teils verstärken sich diese beiden Phänomene gegenseitig, denn große Unternehmen sitzen tendenziell in wohlhabenderen oder ressourcenreichen Regionen. Das bedeutet, die Ungleichheit wird weiter zunehmen, wenn die Politik nicht eingreift. Tatsächlich ist dieser Dualismus in Indonesien immer noch tief verwurzelt.

In der Entwicklungssoziologie bedeutet Dualismus, dass in einer Gesellschaft zwei unterschiedliche Normen nebeneinander bestehen: zum einen das formal kodifizierte Recht, zum anderen kulturell und religiös geprägte Traditionen. Typischerweise tendieren ärmere und weniger gebildete Menschen zu Letzterem, weil sie von gesetzlichen Normen oft nur vage Vorstellungen haben. Die Eliten hingegen können mit beiden Normen etwas anfangen. Nutzen Sie den Begriff Dualismus in diesem Sinne?

Ja. Genau das meinte Julius Herman Boeke, als er den Begriff prägte. Er war ein holländischer Gelehrter, der in der ersten Hälfte

des 20. Jahrhunderts in Indonesien bei der Kolonialregierung angestellt war. Seine Idee von Dualismus half zu erklären, weshalb viele Politikansätze und Programme, die die Kolonialmacht einführen wollte, nicht funktionierten. Die Niederländer versuchten, vermeintlich moderne Werte zu etablieren, die offensichtlich ihren imperialistischen Interessen dienten – und die kolonialisierten Menschen hielten an ihren traditionellen Normen fest. Indonesien wurde 1949 unabhängig, aber der Einfluss dieses sozialen Dualismus ist noch immer spürbar. Die erwähnte Ungleichheit zwischen den Regionen sowie zwischen den verschiedenen Arten von Unternehmen geht auf die Kolonialzeit zurück. Heutzutage sind 95 Prozent der Unternehmen klein. Dennoch erzeugen die wenigen großen Unternehmen die größte Wertschöpfung.

Sind kleine Unternehmen gleichzusetzen mit informellen Unternehmen?

Das nicht, aber es gibt große Überschneidungen. Die meisten informellen Unternehmen sind klein, mit wenigen Ausnahmen. Umgekehrt existieren auch formelle Unternehmen mit nur wenigen Mitarbeitenden, etwa kleine Kanzleien oder IT-Start-ups.

Was können Politiker tun, um die wachsende Ungleichheit zu stoppen?

Sie sollten Verschiedenes berücksichtigen. Zum einen wäre da die Ökonomie der Agglomeration. Unternehmen profitieren davon, in der Nähe anderer Unternehmen ansässig zu sein. Auch soziales Kapital und Kultur spielen eine große Rolle bei der Förderung kleiner und informeller Unternehmen.

Lassen Sie uns zunächst die Agglomeration betrachten. Sie ist ein wichtiger Grund dafür, dass sich in reichen Ländern spezielle Industrien auf bestimmte Städte konzentrieren. In Deutschland etwa ist Frankfurt das Finanzzentrum und Stuttgart ein wichtiger Automobil-Standort. Solche Cluster steigern die Produktivität einzelner Unternehmen, weil räumliche Nähe das Netzwerken erleichtert, der Pool an qualifizierten Arbeitskräften größer ist und die lokale Infra-



In einer kleinen Werkstatt werden traditionelle javanische Stoffmuster gedruckt.

struktur ihre Bedürfnisse erfüllt. Ist es das, woran Sie denken?

Im Grunde ja, aber auf eine noch grundlegendere Weise. Stellen Sie sich zehn kleine Unternehmen vor, die auf sich selbst gestellt sind, und vergleichen Sie diese mit zehn Unternehmen, die sich zusammengetan haben – die zweite Gruppe wird produktiver sein. Sie werden Informationen austauschen, gemeinsame Beschaffungen vornehmen und die Infrastruktur verbessern, von der sie abhängen.

Das klingt wie das Otigba Computer Village in Lagos, Nigeria. Das ist ein Cluster von informellen Unternehmen, die sich auf IT-Hardware und Software spezialisieren. Einer der großen Vorteile ist, dass geschultes Personal schnell den Arbeitgeber wechseln kann und dass Hardware- und Software-Unternehmen im Kundenservice kooperieren können.

Ich kenne dieses Beispiel nicht, aber ja, die Kraft der Agglomeration wirkt immer, und informelle Unternehmen können sehr davon profitieren. Ist der Markt sich selbst überlassen, erzeugen seine Dynamiken jedoch mehr Ungleichheit. Großunternehmen können sich auf bestimmte Cluster konzentrieren und die damit verbundenen Vorteile genießen, während viele Kleinunternehmen isoliert arbeiten. Das verstärkt die Ungleichheit – sowohl zwischen den Regionen als auch zwischen kleinen und großen Unternehmen. Daher sollten Regierungen ihr Bestes tun, um die positiven Auswirkungen der Agglomeration für kleine Unternehmen zu fördern und zugleich die schädlichen Folgen der regionalen Ungleichheiten abzufedern.

Konkret sollten Regierungen also für gute physische und soziale Infrastruktur sorgen?

Nun, unsere Forschung zeigt, dass gute soziale Infrastruktur tatsächlich deutlich wichtiger ist. Kleinunternehmen fehlt es insbesondere an Netzwerken, Wissen und Information. Machen wir ein kleines Gedankenexperiment: Firma A ist groß und urban; Firma B klein und ländlich. Ansonsten bewegen sich beide im gleichen Umfeld. Hat Firma A ein Problem, sucht ihr Management nach einer Lösung. Es könnte einen Berater anheuern, die Regierung beeinflussen oder es mit Bestechung versuchen. Firma B dagegen bleibt sich selbst überlassen und wird weiter mit dem Problem zu kämpfen haben.

Soziales Kapital ist wirklich entscheidend. Es speist sich sowohl aus fachlicher Kompetenz als auch aus persönlichen Kontakten. So oder so ist Bildung der zentrale Faktor.

Aber ist harte Infrastruktur im Sinne von Straßen, Stromversorgung und Ähnlichem nicht genauso wichtig?

Sie ist wichtig, wird aber oft überschätzt. Soziale Infrastruktur dagegen wird oft vernachlässigt. Regierungen in aller Welt ha-



ben immer wieder versucht, regionale Ungleichheiten zu reduzieren, indem sie die Infrastruktur in benachteiligten Gegenden ausbauen. Es hat sich aber gezeigt, dass die Unterschiede so nicht überwunden werden. Das auffälligste Beispiel ist wohl Italien, wo der Süden dank starker Investitionen in Infrastruktur mit dem Norden aufholen sollte, tatsächlich aber immer weiter zurückfiel. Ähnliches gilt für Deutschland, wo die östlichen Bundesländer seit der Wiedervereinigung noch nicht zu den westlichen aufgeschlossen haben.

Wie erklären Sie sich die wachsende Ungleichheit?

Zusätzliche harte Infrastruktur hilft einer betroffenen Region bis zu einem gewissen Maße. Aber sobald sie prosperiert, bezieht sie immer mehr Waren und Dienstleistungen aus weiter entwickelten Regionen, so dass diese letztlich noch mehr profitieren. Die Unterschiede werden größer. Den Menschen in benachteiligten Regionen fehlt es immer noch an Fachwissen und Netzwerken, um kleine Unternehmen produktiver und wettbewerbsfähiger zu machen. Soziales Kapital, das ist die Lehre, darf nicht vernachlässigt werden. Die Erfahrung zeigt zudem, dass bessere Bildung und Gesund-

heitsversorgung die Produktivität eines ganzen Landes steigern, ohne regionale Ungleichheiten zu vertiefen.

Und wie sieht es mit Finanzdienstleistungen aus?

Wir haben Kleinunternehmen in Indonesien befragt. Unter anderem wollten wir wissen, ob sie Zugang zu Bankkrediten hätten. Es zeigte sich, dass viele der sehr kleinen Unternehmen keine Kredite wollten: Sie hatten Angst, das Geld nicht mehr zurückzahlen zu können. Ein solches kulturelles Hindernis bleibt auch dort bestehen, wo es eine Bankfiliale gibt. Diese Geschäftsleute liehen sich eher Geld von Verwandten und Bekannten vor Ort. Das zeigt: Kulturelle Normen spielen eine große Rolle. Bildung und Informationsangebote können hier zur Veränderung beitragen.

Spielen digitale Technologien eine Rolle?

Das Internet kann schon helfen, regionale Klüfte zu überbrücken. Ein guter Internetzugang kann ein großer Gleichmacher sein.

Zugang zum Internet hängt aber von harter Infrastruktur ab, nicht von Bildung.

Wenn kleine Unternehmen von älteren Menschen geführt werden, die über wenig Online-Kenntnisse und Bildung verfügen, tun sie sich schwer, das Internet zu nutzen. Internetkompetenz ist deshalb oft wichtiger als die Qualität des Zugangs. Erstere breitet sich gerade dort schnell aus, wo es viele Unternehmen gibt und einige Menschen über ein Grundverständnis verfügen. Gut informierte Geschäftsleute werden deshalb das Internet auch dort zu nutzen wissen, wo die Internetverbindung schlecht ist.

LITERATUR

Azis, I., J., 2022: Periphery and small ones matter – Interplay of policy and social capital. SpringerLink (Open Access).

<https://link.springer.com/book/10.1007/978-981-16-6831-9>



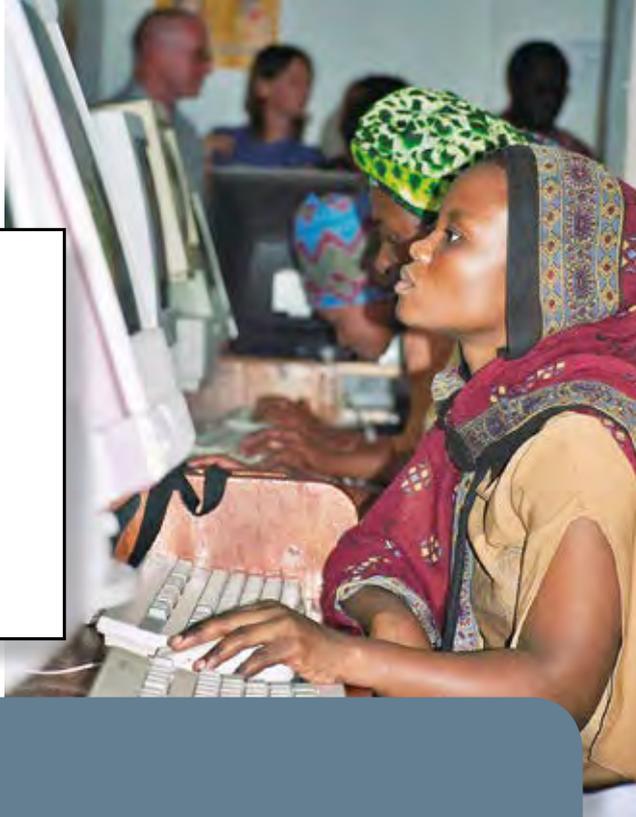
IWAN J. AZIS

ist Professor für Emerging Markets an der Dyson School of Applied Economics and Management an der Cornell

University in Ithaca, New York, und Visiting Professor an der University of Indonesia in Jakarta.

<http://iwanazis.com/>

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Von E+Z: [Bibliographie](#) | [Digitale Monatsausgabe](#) | [Beiträger:in](#) | [Impressum](#) | [English](#)

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

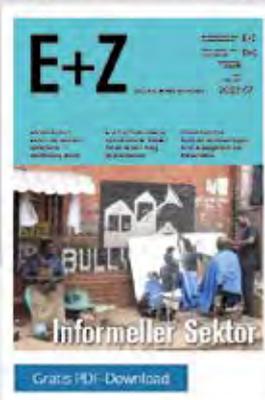
[SUBSAHARA-AFRIKA](#) [MENA](#) [SÜDASIEN](#) [SÜDOSTASIEN](#) [LATEINAMERIKA](#) [BLOG](#)

RELEVANTE LECTURE

„Soziales Kapital darf nicht vernachlässigt werden“



Digitale Monatsausgabe



13.06.2022 von Hans-Dieter
Müller-Goldenlof, Stefan...



13.06.2022 von Hans-Dieter
Müller-Goldenlof, Stefan...

Aktuelle Blog-Beiträge

- American journalism's shift right in globalized America
- Democracy versus despotism – a global issue

Folgen Sie uns

